



AUSGABE 9 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 18.6.2003

Nachtrag

S. 4/5

Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist gestört – in dieser Situation legt die Landesregierung ihren Nachtragshaushalt 2003 vor. Koalition und Opposition analysieren die Ursachen und suchen politische Verantwortlichkeiten.

Koalition

S. 5

Seit Wochen schwelt die rot-grüne Koalitionskrise im Land. Die oppositionelle CDU ließ sich das nicht entgehen und beantragte eine Aktuelle Stunde.



Nahverkehr

S. 13

Wenn die Fußballweltmeisterschaft 2006 ins Land kommt, soll der öffentliche Nahverkehr fit sein, um die Fans in die drei Spielstätten im Land zu bringen – in „stressfreier Mobilität“, wie der Verkehrsausschuss erfahren hat.

Vorwurf

S. 17

Dauerbrenner Landesgesellschaften – vor dem Hintergrund eines möglichen Untersuchungsausschusses gerieten Landesregierung und Rechnungshof ins Visier. Sie wehrten sich gegen den Vorwurf der Verschleierung brisanter Erkenntnisse.

Leere Kassen – leere Stühle? Kulturförderung als „freiwillige staatliche Leistung“ wird in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte gern zum Sparschwein gemacht. Dabei ist gerade das vielfältige Kulturangebot ein wichtiger Standortfaktor. Aber die Politik steht vor dem Zwang, die Ausgaben zu senken und die Kulturschaffenden sehen sich vor die Notwendigkeit gestellt, Strukturen zu überdenken und mögliche Synergien zu nutzen. Wie passt in diese Landschaft eine RuhrTriennale? Welche Auswege weisen sich aus dem Dilemma zwischen Leuchtturmprojekten und kultureller Grundversorgung? Dies ist Schwerpunkt dieses Heftes. Mögliche Antworten auf den Seiten 8 bis 10. Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

RuhrTriennale: Wie fällt eine Zwischenbilanz für Land und Revier aus?

Gemischt, wenn man den Sprechern der Fraktionen folgt. Zwar loben sie Anstrengungen und Leistungen der ersten Spielzeit der Triennale und bestätigen die künstlerische Qualität der Aufführungen. Aber es werden auch die Anlaufschwierigkeiten beschrieben und noch vorhandene Defizite benannt. Es wird vor allem deutlich, dass die Triennale den Menschen im Revier nicht „übergestülpt“ werden darf. Sie müssen mit dem Herzen dabei sein. Und dieser Weg aus den Köpfen in die Herzen erscheint als das eigentlich Spannende der nächsten Zeit (Seite 10).



Kultur und Politik – Partnerschaft in der Bewährung

Inhalt

Ohne Geist verroht der Mensch	2
Falsches Signal in verwickelter Rechtslage	3
<i>Landtag debattiert Vorgänge um selbst ernannten „Kalifen von Köln“</i>	
„Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist gestört“	4/5
<i>Neue Schulden sollen Steuerausfälle ausgleichen helfen</i>	
CDU will Neuwahlen als Ausweg aus der Krise	6
<i>Zustand der Regierungskoalition als Thema einer Aktuellen Stunde</i>	
Landtag verabschiedet bis zuletzt umstrittenes Bestattungsgesetz	7
„Ohne staatliche Förderung geht es nicht“	8/9
<i>Gespräch mit Dr. Renate Düttmann-Braun, Vorsitzende des Kulturausschusses</i>	
Der Landtag als Forum für Künstlerinnen und Künstler	8
Kultur – auch ein wichtiges Thema im Parlament	9
Wort und Widerwort	10
<i>RuhrTriennale: Wie fällt eine Zwischenbilanz für Land und Revier aus?</i>	
Betreuung von Sterbenden: Wo Medizin nur noch lindern kann	11
<i>Experten zur letzten Phase des menschlichen Lebens</i>	
120 Millionen mehr für staatliche Leistungen	12
<i>Beim Wohngeldanstieg haben sich alle geirrt</i>	
Polizei Münster modernisiert die Verwaltung	12
Verkehrsausschuss in Gelsenkirchen	13
<i>Stressfrei zum Stadion in NRW bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006</i>	
Mindeststudienzeit von vier Jahren als „Eintrittskarte“	14
<i>Einvernehmliche Forderung der Experten</i>	
Landtag setzt sich für Werk Opladen ein	15
Mehr grenzüberschreitenden Austausch für Rundfunk und Bürger	15
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Gesundheitsversorgung von Migrantinnen in NRW	17
Minister weist Vertuschungsvorwurf zurück	17
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Werner Jostmeier (CDU)	19
Kommunalwahl	19
Beamtenrecht	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Ohne Geist verroht der Mensch

„Der Staat muss die Kultur auch in Zukunft fördern, genauso wie er die Müllabfuhr finanziert. Das Theater ist die Müllabfuhr für die Seele.“ Was Ruhrfestspiele-Intendant Hansgünther Heyme sagt, hat viel Wahrheit. Viele große Denker und Politiker, aber auch Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen haben sich zur Kultur im Land geäußert. Sehr unterschiedlich, sehr streitbar, aber immer mit der Tendenz, dass Kultur ein wichtiges Gut ist. Dieses kostet zwar Geld und bedarf auch staatlicher und öffentlicher Förderung, aber Kultur ist unverzichtbar für die Gesellschaft. Darüber streitet niemand.

In Nordrhein-Westfalen sorgt gerade die RuhrTriennale für Furore. Die einen sind begeistert, weil es wohl einer der umfangreichsten kulturpolitischen Initiativen in Deutschland ist. Sogar New Yorker Medien berichten darüber, wie Kulturminister Vesper noch anlässlich des Suzanne-Vega-Konzerts in der Duisburg-Meidericher Gießhalle am vergangenen Sonntag schwärmte.

SPAREN

Andere wiederum kritisieren, dass es ja eigentlich im Ballungsraum Ruhrgebiet genug Kultur gibt. Dass es wichtiger sei, in diesen schwierigen finanziellen Zeiten, wo überall gespart werden muss, das an Kultur aufrecht zu erhalten, was in den Kommunen und Städten notwendig ist. Wie zum Beispiel die Finanzierung von Büchereien. Weil immer weniger Eltern genügend Geld zur Verfügung haben, um ihren Kindern das Lesen zu finanzieren.

Es geht in der Diskussion um das, was sich NRW an Kultur noch leisten kann, auch um die Breitenwirkung von Kultur. Wer ernsthaften Diskussionen folgt, kommt zu dem Ergebnis, dass zwar Kultur jedem in Nordrhein-Westfalen, zugänglich gemacht werden muss. Doch ohne das Neue – z.B. die Stücke, die zum Nachdenken anregen, die unbequemen Theatermacher und die jungen Künstlerinnen und Künstler mit neuen Ideen – wäre die Kulturlandschaft um ein Vielfaches ärmer.

Für viele Politiker ist es gerade in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte schwierig, dass gerade zuerst an der Kultur gespart wird. Welcher Politiker möchte sich schon nachsagen lassen, er habe ein Museum oder ein Theater, ein Orchester oder eine Bibliothek Sparmaßnahmen geopfert. Neue Lösungen müssen her. Für Kulturschaffende planbare Etats, mehr Flexibilität beim Personal und genug Ideen, um gerade jungen Menschen im Lande die Möglichkeit zu bieten, sich mit Kultur zu entwickeln. Denn ohne Geist verroht der Mensch. **SH**

Falsches Signal in verzwickter Rechtslage

Landtag debattiert Vorgänge um selbst ernannten „Kalifen von Köln“

Der Landtag debattierte in einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde am 4. Juni über das Thema „Konsequenzen aus dem Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf zur Freilassung des Islamistenführers Kaplan“.

Jürgen Jentsch (SPD) erläuterte, das Oberlandesgericht (OLG) habe die von der Türkei beantragte Auslieferung des Anführers des inzwischen verbotenen Kalifstaates Metin Kaplan für unzulässig erklärt. Es sei zu fragen, wieso ausreisepflichtige Ausländer, die sich nichts zuschulden kommen lassen hätten, ausgewiesen würden, ein zu vier Jahren verurteilt und mit Haftbefehlen in der Türkei gesuchter Rechtsverbrecher aber nicht. Auch für den künftigen Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern bereite die Entscheidung Probleme. Wir dürften nicht zulassen, dass Deutschland das Paradies für Menschen mit religiösem Wahn werde.

Peter Biesenbach (CDU) meinte, die Freilassung des Extremistenführers Kaplan zeige das Versagen unseres Ausländerrechts. Es gebe Hinweise, dass dessen Organisation Kontakte zur Terrorgruppe Bin Ladens habe.

Horst Engel (FDP) lehnte eine Urteilsschelte ab, sprach sich aber für schnellstmögliche Ausweisung und Abschiebung von Kaplan aus. Es könne nicht sein, dass in Deutschland bleiben dürfe, wer das Grundgesetz und das Gewaltmonopol deutscher Staatsorgane ablehne. Engel zitierte Presseberichte, wonach Kaplan beim Verbot des Kalifstaates ein Vermögen von mehreren Millionen Mark gehabt habe, obwohl

er jahrelang Sozialhilfe bezogen habe. Im Untergrund solle sein harter Kern mit über 100 Getreuen nach wie vor tätig sein.

Monika Düker (GRÜNE) hielt den Missbrauch unseres Rechtsstaats durch die Organisation von Kaplan für unerträglich gegenüber Abschiebungen voll integrierter, schuldloser Menschen. Es fehle die Anerkennung des Völkerrechts durch die Türkei.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sah in der OLG-Entscheidung ein fatales Signal für ausländische Rechtsbrecher und Schwierigkeiten beim Aufenthalt rechtstreuer Ausländer. Bei Kaplan gehe es um Auslieferungshaft. Alle Sicherheitsbehörden würden alles tun, um Kaplan loszuwerden. Das Verfahren sei sehr kompliziert. Nach eingehender Erläuterung der „verzwickten“ Rechtslage äusserte Behrens, die Lage in der Türkei habe sich geändert, so dass Kaplan abgeschoben werde dürfe.

Hans-Willi Körfges (SPD) glaubte nicht an die aktuellen Bekenntnisse des Kaplan zum demokratischen Rechtsstaat und vertraute auf die Reformfähigkeit der Türkei. Auf den Schutz unseres Gemeinwesens durch die NRW-Behörden und den Innenminister könne sich das Land verlassen.

Theo Kruse (CDU) hielt es für unerklärlich, warum einem Extremisten, der zu Mord aufrufe, der Asylbewerber-Status gewährt werde. Die OLG-Entscheidung sei eine Niederlage für den Rechtsstaat. Deutschland dürfe nie mehr Ruheraum für militante Muslime sein. Das gesamte Asyl- und Ausländerrecht gehöre auf den Prüfstand.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) berichtete von Fällen aus dem Petitionsausschuss: „Es ging immer direkt von der Zelle in den Flieger - ausnahmslos!“ Die gesetzlichen Grundlagen reichten aus und gingen reibungslos zuungunsten der Ausländer aus. Wenn Folter und Tod drohten, dürfe nicht abgeschoben werden.

Jan Söffing (FDP) sah Abstimmungsdefizite zwischen Justizvollzug, dem OLG, den Ausländerbehörden und den Verwaltungsgerichten. Es müssen dafür gesorgt werden, dass es nicht wieder einen Fall wie Kaplan gebe.

Peter Biesenbach (CDU) kritisierte Untätigkeit der Verwaltungsgerichte und zu lange Verfahren trotz abnehmender Asylbewerbungen. Er vermisste Kontakte mit anderen Ländern zur Aufnahme von Kaplan.

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) hielt neue Stellungnahmen der türkischen Regierung und Prüfung der Vorgeflichkeit des Auslieferungsverfahrens für nötig.

Peter Biesenbach (CDU) erwiderte, die zuständigen Stellen hätten die Verfahren aus ökonomischen Gründen ausgesetzt. Erschrecken und Erstaunen der Minister blieben haften.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) wies den Vorwurf der Schlafmützigkeit von Verantwortlichen zurück. Auch wenn es unbequem sei, müssten die Vorschriften den Bürgern erklärt werden.

Freundschaft über Landesgrenzen – das runde Leder macht es möglich. Das Fußballteam des saarländischen Landtags, FC Union Saar, traf auf die Mannschaft des FC Landtag und trug mit 3:1 auf fremdem Rasen den Sieg davon. Zwei prominente Mitspieler auf dem Platz waren Ministerpräsident Werner Müller und Landtagspräsident Hans Ley (L.), der zusammen mit der Mannschaft von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) im Landtag empfangen wurde. Schmidt fand es gut, dass in den Landtagen nicht nur über knallharte Politik gehandelt wird, sondern dass auch der Sport seinen Stellenwert hat. Sport sei eben

mehr als nur die schönste Nebensache der Welt. Ley überreichte Schmidt einen Bildband über das Saarland und berichtete aus Gründertagen und Gegenwart des FC Union Saar, der seine Elf traditionell aus allen Fraktionen des saarländischen Landtags (derzeit sind es zwei) und aus den 51 Abgeordneten des Hohen Hauses bilden muss. Foto: Schälte



„Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist gestört“

Neue Schulden sollen Steuerausfälle ausgleichen helfen

Knapp zwei Milliarden neue Schulden müssen in diesem Jahr gemacht werden, um den Haushalt 2003 auszugleichen und vor allem die konjunkturell bedingt verminderten Steuereinnahmen zu kompensieren. Am 6. Juni debattierte der Landtag über den von der Landesregierung vorgelegten Nachtragshaushalt (Drs. 13/4000) - kontrovers und pointiert. Die Diskussion machte deutlich: Allen Fraktionen ist der Ernst der Lage bewusst. Sie deuteten jenseits der üblichen Polemik an, dass mehr Gemeinsamkeit bei der Konsolidierungsarbeit für kommende Haushalte wünschenswert wäre.

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) qualifizierte die finanzielle Lage des Landes als „sehr, sehr ernst“. Ausdruck dieser Lage sei der vorliegende Nachtragshaushalt, der erforderlich sei, weil die Steuereinnahmen aller öffentlichen Haushalte mit einer Geschwindigkeit weg gebrochen seien, die kein Landeshaushalt mitgehen könne. Noch mehr sparen und kürzen? Der Minister: „Sie wissen, die Personalkosten, die Zinsausgaben, die Zuweisungen an die Kommunen und die gesetzlichen Verpflichtungen vom Wohngeld bis zum BAföG machen weit über 90 Prozent der Ausgaben im Landeshaushalt aus“. Da müsse man an die Strukturen des Haushalts heran, befand Dieckmann, aber die Entlastungseffekte dauerten ihre Zeit und würden in diesem Jahr kaum einen Effekt erbringen.

Die jüngste Steuerschätzung habe Einnahmefälle für dieses Jahr von 1,4 Milliarden Euro vorhergesagt. Zudem müsse das Land 500 Millionen zusätzlich in den Länderfinanzausgleich einzahlen. In dieser Situation schlugen Experten einhellig vor, die Neuverschuldung zu erhöhen, um die konjunkturell bedingten Steuerausfälle auszugleichen. Die

Alternative wäre, sämtliche Investitionen zu stoppen und kein Personal mehr einzustellen.

Aber das würde die Krise nur verstärken. Darum schlage er vor, die Nettoneuverschuldung um 1,887 Milliar-

den Euro zu erhöhen. Damit würden die Steuerausfälle und die Mehrzahlung in den Länderfinanzausgleich kompensiert.

Mit Blick auf die Beratungen des kommenden Doppelhaushalts verlangte der Finanzminister, dass im Etat mehr Schwerpunkte gesetzt werden müssten. Man brauche jetzt keine Debatte über einzelne Punkte, sondern die Auseinandersetzung über die Struktur. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes forderten zu Recht ein Gesamtkonzept. Das setze eine Verständigung darüber voraus, welche Aufgaben und Ausgaben nachrangig sind. Dieckmann: „Ich bin überzeugt, dass der Nachtragshaushalt die richtige Antwort auf die jetzige ernste Lage ist. Deshalb werbe ich für eine möglichst breite Unterstützung dieses Nachtragshaushalts“.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sagte, fast 170 Kommunen müssten inzwischen mit einem Haushaltssicherungskonzept leben. Sie seien vom Steuereinkbruch noch stärker betroffen als Bund und Länder; den Anteil der Gemeinden bezifferte der Minister auf 254 Millionen. 230 Millionen Defizit kämen durch die Auswirkungen der Anhebung der Länderfinanzausgleichszahlungen zusätzlich hinzu. Behrens: „Der für Zuweisungen an die Kommunen aus dem Steuerverbund zur Verfügung stehende Verbundbetrag würde sich demnach bei einer direkten Umsetzung im Gemeindefinanzierungsgesetz um 481 Millionen Euro reduzieren“. Aber man wolle den Kommunen in diesem Jahr eine solche zusätzliche Belastung nicht zumuten; sie hätten auch in diesem Jahr keine Möglichkeit mehr zu reagieren.

Darum sollen die auf den Steuerverbund entfallenden Mindereinnahmen des Landes für ein Jahr kreditiert

werden: „Das heißt, die Steuerverbundmittel bleiben 2003 auf dem bisherigen Niveau, sind also nach den letzten Zahlen um rund 484 Millionen Euro zu hoch angesetzt. Das wird dann mit dem Steuerverbund 2004 zu verrechnen sein“.

Das seien, meinte der Minister, sicher keine frohen Botschaften für die Gemeinden. Mit der Kreditierung wolle die Landesregierung aber beweisen, dass sie bereit ist, auf die in diesem



Jochen Dieckmann (SPD)

Jahr für die Kommunen bestehende Ausnahmesituation Rücksicht zu nehmen. Man wisse natürlich, dass sich das auf das nächste Jahr verschiebe: „Aber im nächsten Jahr sieht dann auch die Abrechnung 2002 an, und diese sieht zur Zeit positiv aus, so dass sich insgesamt auch aus Sicht der Kommunen die Dinge im Lot halten“.

Helmut Diegel (CDU) prophezeite, die Landesschulden würden im nächsten Jahr die 100-Milliarden-Grenze überschreiten. Es gebe kein Wirtschaftswachstum in NRW, der Landesregierung seien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen „völlig entglitten“. Die Arbeitslosigkeit habe im Mai den Negativrekord von 900.000 erbracht: „Diese Daten, dieser Nachtrag sind das Dokument politischen Versagens der Landesregierung“. Wie habe es dazu kommen können, fragte der Abgeordnete, um den seit 40 Jahren die Landespolitik bestimmenden SPD-Regierungen die Schuld zu geben. Eine ganz besondere Verantwortung trage dabei Ministerpräsident Steinbrück. Diegel: „Sie haben zunächst die Wirtschaft und dann die Finanzen dieses Landes zerrüttet“. Man sollte in der Regierung auch nicht so tun, als sei man von der Entwicklung völlig überrascht worden. Darum stelle er fest, „dies ist ein bewusstes, gigantisches Täuschungsmanöver dieser Landesregierung“. Der Sprecher: „Das Parlament braucht endlich eine klare Offenlegung der Finanzen, eine klare Aufstellung

Dr. Fritz Behrens (SPD)

der Finanzlöcher“. Dieser Nachtragshaushalt aber sein nichts anderes als eine „Kapitulationserklärung“ angesichts der finanziellen Schwierigkeiten des Landes; er müsste eigentlich den Titel tragen: „Hemmungsloses Schuldenmachen zulasten unserer Kinder“.

Gisela Walsken (SPD) sagte: „Die Erhöhung der Neuverschuldung mit dem Nachtragshaushalt ist schmerzlich. Sie ist gerade für Finanzpolitiker auch ein Stück Eingeständnis, dass es immer wieder zu Rückschlägen kommt. Aber sie ist zurzeit die angemessene, auch sachlich richtige Antwort auf die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, denn sie realisiert ausschließlich Steuerausfälle und die Mehrzahlung in den Länderfinanzausgleich“. Sicher könne die Opposition die Lage nutzen, um mit Personen abzurechnen, „aber, so Walsken weiter, ich habe unglaublich wenig Verständnis dafür, dass Sie sich hier hinstellen und wirklich so tun, als könne man diese Situation ernsthaft nur einer Landesregierung anlasten“.

Angela Freimuth (FDP) freute sich, dass die Landesregierung in diesem Jahr den Mut zu einem Nachtragshaushalt gefunden hat. Die Lage sei zu ernst, um sie schön zu reden, es müssten endlich Taten und konkrete Einsparungsvorschläge her. Bisher jeden-

NRW geht und nicht irgendein rot-grüner Lufz, dann werden wir die Probleme dauerhaft nicht lösen können“. Man brauche mehr Wirtschaftswachstum, mehr Beschäftigung und nicht weitere Steuererhöhungen.

Edith Müller (GRÜNE) stufte den Vorschlag des Finanzministers als „plausibel und nachvollziehbar“ ein. Durch Sparen hätten die Ausfälle nicht aufgefangen werden können. Aber das könne nicht die einzige Antwort auf die dramatische Lage sein, denn angesichts der Neuverschuldung bleibe ihr das Wort von nachhaltiger Haushaltspolitik „im Halse stecken“. Es könne nur noch einen Weg geben: „Wir müssen aus der Schuldenfalle und aus der Neuverschuldungsspirale heraus“ und man müsse Strukturen verändern. Die Routine müsse gebrochen werden, über die Verhältnisse zu leben und zulasten der Zukunft zu entscheiden. Dafür brauche man einen gemeinsamen Kraftakt aller Parteien und aller gesellschaftlichen Kräfte und nicht Nachdenken über die Frage, „wer dafür in der Vergangenheit verantwortlich war“.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, rechnete vor: 1,9 Milliarden neue Kredite bedeuteten für mindestens 20 Jahre eine zusätzliche Zinsbelastung von mehr als 80 Millionen Euro jährlich. Das seien 20 Millionen mehr als das Land in diesem Jahr für behinderte und pflegebedürftige Menschen ausgibt. Diese Schuldenpolitik sei nicht nur finanziell unverantwortlich und ökonomisch tödlich, „sondern sie ist auch unsozial, weil sie die Falschen, nämlich die Menschen im Land, trifft“. Die CDU habe Vorschläge mit einem mittelfristigen Einsparvolumen von über neun Milliarden vorgelegt; das sei zumindest ein Anfang. Aber von der Regierung komme nichts.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) kontierte: Was die CDU bisher vorgeschlagen habe, sei entweder „dünn oder Ladenhüter“. Nichts davon sei mit Blick auf die Lage des Nachtragshaushalts umsetzbar. Er stehe zu der Auffassung, dass die derzeitigen Haushaltsprobleme durch Steuererhöhungen zu lösen sind. Aber an die CDU gehe die Frage, ob sie der Meinung



sei, dass weitere Steuersenkungen zum Leidwesen von Kommunen, Ländern und Bund möglich und notwendig sind.

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, setzte sich kritisch mit den Sparvorschlägen der Union auseinander. Was daran Hand und Fuß habe, bringe allenfalls mittelfristig Erleichterung. Auch für die Opposition komme bald die Stunde der Wahrheit, dann nämlich, wenn es darum gehe, bei der Haushaltskonsolidierung für 2004 und 2005 mit zu machen oder in der üblichen Position zu verharren, „mehr zu fordern und die Kürzungsvorschläge der Regierung abzulehnen“.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, sah eine der Ursachen für die derzeitige Lage darin, dass man es im Lande nicht geschafft habe, die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schließen. Neuverschuldung sei der bequemste Ausweg, aber hierzulande hätte die FDP sich etwas mehr Kreativität dabei gewünscht, an der einen oder anderen Stelle Defizite auszubügeln. Mit der Neuverschuldung allein komme man nicht über den Berg, es fehle das Programm zur Steuersenkung. „Wir sind bereit, für dieses Land Veränderungen herbeizuführen“, bot Wolf an.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, war skeptisch, ob die FDP bei Kürzungen mitmachen werde, wenn sie ihre Klientel betreffen. Was die kommende Aufgabe angehe: „Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass wir nicht nur sparen wollen, sondern dass es um Konsolidierung geht“. Konsolidierung müsse deutlich machen, wo es im Ergebnis hinführt, dass die geforderten Einschränkungen eine Perspektive haben. „Wenn wir auf dem Schritt zur Nachhaltigkeit den Menschen das aufzeigen können, dann haben wir heute in der Verantwortung für morgen richtig gehandelt“.



falls versage die Landesregierung an der von ihr gesetzten Messlatte für eine nachhaltige und sparsame Haushaltspolitik. Nicht in politische Rituale verfallen, sondern unkonventionell denken, verlangte Freimuth. Die Antwort auf sinkende Steuereinnahmen dürfe nicht neue Schulden heißen, ihre Fraktion habe genügend Vorschläge gemacht. „Wenn es uns nicht gelingt, im Land NRW eine Aufbruchstimmung zu erreichen, wenn es uns nicht gelingt, dass endlich ein Ruck durch

CDU will Neuwahlen als Ausweg aus der Krise

Zustand der Regierungskoalition als Thema einer Aktuellen Stunde

Einen Neuanfang in der Politik für das Land und als saubersten Weg dahin Neuwahlen - das hat Oppositionsführer Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) in der Aktuellen Stunde des Landtags am 5. Juni gefordert. Beantragt von der CDU stand diese Aktuelle Stunde unter dem Motto „Zustand der Regierungskoalition in NRW“. Der Chef der rot-grünen Regierungskoalition, Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD), räumte Schwierigkeiten ein, mahnte aber mit Blick auf die Opposition mehr Ernsthaftigkeit in der Debatte an: Von „Abbruch, Ruin und Staatsbankrott“ im Lande zu reden, habe mit den Fakten nichts zu tun: „Wir sind eine riesige, kraftvolle Region in Zentraleuropa mit ungeheuren Chancen.“

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, wunderte sich: Da gebe es in NRW nicht nur eine Koalitionskrise, sondern inzwischen sogar eine Regierungskrise – „und keiner weiß warum“. Drei Wochen nach Beginn der Krise sei die Koalition „stehend k.o.“ Niemand verstehe, warum der Ministerpräsident seiner eigenen Koalition das Misstrauen erklärt habe. Auch das aus dem Hut gezauberte Papier, das die Probleme erläutern sollte, sei nicht mehr als ein „bürokratisches Gesamtkunstwerk“. In Sachen Metrorapid zum Beispiel bringe es keine Klarheit. Ob Steinbrück mit der Krise bekannter werden sollte? Rüttgers: „Vor diesem Streit waren Sie unbeliebt und unbekannt. Jetzt sind Sie bekannt, allerdings auch blamiert. Das ist das Ergebnis Ihres Streits.“ Jedenfalls werde kein einziges Problem gelöst. Die Menschen wüssten, die Koalition sei verbraucht; das Land sei frustriert, verkrustet und blockiert. „Das, Herr Steinbrück, ist Ihr Werk, das Werk der SPD und der von ihr getragenen Regierung. Die Koalition driftet ihrem Ende entgegen. Die Regierung ist nur noch reif für die Abwahl.“

Mal einander zugetan, mal in andere Richtungen blickend – die Fieberkurve der gegenwärtigen Koalitionskrise lässt sich – wenn man will und die richtige Gelegenheit abpasst – leicht personalisieren und trefflich im Plenarsaal bebildern. Dort sind Regierungschef (rot) und Vizeregierungschef (grün) direkte Platznachbarn und Peer Steinbrück (r.) und Michael Vesper (l.) können gar nicht anders, als im Verlauf einer langen Sitzung auch manchmal an einander vorbei zu schauen.

Montage: Schälte



Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, fand die CDU nicht konsequent: Wenn sie nun Neuwahlen fordere, wo sei da ihr Antrag? Solche Ankündigungen seien „politisches Maulheldentum“. An Rüttgers: „Sie sind sich ihrer eigenen Leute nicht sicher. Sie wissen, dass Sie die Wahlen verlieren würden.“ Er bestreite nicht, es gebe Probleme in der Koalition. Die würden miteinander ausgetragen, „wenn wir es erfolgreich austragen, dann wird diese Koalition auch weiter regieren“. Es gehe darum, bei geringeren Fördermitteln die Politik im Lande neu auszurichten; da müsse der Kompass neu gestellt werden. Um die richtige Marschrichtung werde nun gekämpft, „wir haben eine Titanenaufgabe vor uns. Wir werden sie leisten“. Und was komme dazu von der CDU – nur „kalter Kaffee, heiße Luft und wunderschöne Seifenblasen“.

Dr. Ingo Wolf (FDP), Fraktionsvorsitzender, meinte, die rot-grüne Koalition müsse sich an zwei Dingen messen lassen: Mehr Wachstum und Beschäftigung für NRW. Da habe sie bisher keine angemessenen Antworten gefunden. Sie habe sich noch nicht einmal dieser Frage gestellt, sondern träume noch von Ökologie und Sozialromantik: Die Grünen blockierten, wo sie können. Die SPD müsse sich vorhalten lassen, dass sie lange diesem Treiben tatenlos zugesehen habe. In diesem Zustand sei die Koalition handlungsunfähig. Zur Modernisierung des Landes brauche man mutige Schritte; „die miesepettrige Stimmung im Lande muss weg“. Die

FDP habe ein geschlossenes Reformkonzept. Es gebe keine Zeit mehr zu verlieren; das Land brauche ein Sofortprogramm, das den Bürgern die Sicherheit gebe: Hier bewegt sich etwas zum Besseren.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, teilte den Eindruck der Menschen im Land, die nicht verstünden, warum es seit drei Wochen eine Koalitionskrise gebe und keiner wisse, warum. „Wir sind deshalb froh, dass wir endlich zur Sacharbeit zurückkehren können“, fügte sie an und fand es richtig, wenn der Koalitionspartner sage, er habe Erklärungsbedarf und dass es gelte, Antworten zu finden und umzusetzen. Löhrmann: „Wir als Grüne nehmen diese Herausforderung gern an“ – aber auf einem stabilen Fundament, den Leitbildern des Koalitionsvertrags Bildung und Qualifizierung, Innovation und Effizienz, Arbeit und Umwelt, Nachhaltigkeit und Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe. Die hätten bis heute nichts an Aktualität verloren. Aber kein Blick im Zorn zurück, sondern alle Energie nach vorn. Die Modernisierung Nordrhein-Westfalens sei zu schaffen – „mit ökologischem Weitblick, mit sozialen Augenmaß und Verantwortung für unsere Kinder“.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) wies auf die zugespitzten Rahmenbedingungen hin, Resultat: „Wir geraten unter Druck.“ Welcher Regierungschef könnte es sich da leisten, dies einfach vor sich hintreiben zu lassen? Zuerst gehe es um die Interessen des Landes, dann um die Lösungen der Probleme und erst in dritter Linie um die Aufstellung, um die Koalitionsfrage. In der Koalition habe es in den letzten Monaten mehrere Streitpunkte gegeben. Die seien hinlänglich bekannt und „ich fürchte, dass wir weitere Themen bekommen könnten, die dieses Erscheinungsbild der Koalition im Lande weiter als unglaubwürdig erscheinen lassen“. Jetzt gehe es darum, Bremsklötze wegzuhauen, Befreiungen und Entfesselungen vorzunehmen, damit Potenziale frei werden und sich für NRW entfalten können.



Neue Regeln für die letzte Ruhe

Landtag verabschiedet bis zuletzt umstrittenes Bestattungsgesetz

Nach zähem Ringen hat der Landtag das neue Bestattungsgesetz für das Land verabschiedet. In dritter Lesung stimmten die Koalitionsfraktionen SPD und Grüne für und CDU und FDP gegen das Gesetz. Die Opposition votierte aus gegensätzlichen Motiven: Der Union gingen einzelne Bestimmungen wie der Verzicht auf die Sarg- und Urnenpflicht zu weit, die Liberalen urteilten: Das Gesetz greift zu kurz. Die Landesregierung sah in der Novelle den Ausgleich zwischen Tradition und neuen gesellschaftlichen Vorstellungen im Umgang mit Tod und Trauer.

Bodo Champignon (SPD) berichtete, der federführende Gesundheitsausschuss empfehle mit der Mehrheit der Koalition, den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen.

Horst-Dieter Vöge (SPD) hielt der Union vor, ihr sei es in dem vom Zaun gebrochenen Kulturkampf der letzten Monate nicht um die Sache gegangen, sondern darum, einen Popanz aufzubauen. Das Gesetz schreibe den Kommunen nichts vor, sondern gebe ihnen die Möglichkeit, den Veränderungen in der Bestattungskultur Rechnung zu tragen, und etwa auf eigenen Beschluss hin Friedwälder oder Bestattungsfelder zu bauen. Auch in Fragen der Privatisierung erhielten sie weitgehend freie Hand. Gegenüber ersten Absichten sei man davon abgekommen, dass Urnen mit der Totenasche zu Hause verwahrt werden können; die ethischen Bedenken der Kirchen seien akzeptiert worden; zudem sei es den Kommunen unter solchen Umständen nicht möglich, die vorgeschriebene Totenruhe zu kontrollieren. Insgesamt sei das Gesetz gut, es enthalte viel Freiwilligkeit und entspreche vielen neuen Strömungen.

Norbert Post (CDU) wandte ein, unter dem Mantel zeitgemäßer Formen werde eine schleichende Änderung der Bestattungskultur eingeleitet. Auch die CDU sei nicht gegen private Krematorien oder private Dienstleistungen auf Friedhöfen und für Friedhöfe – aber das alles ohne Aufgabe der grundsätzlichen Bestattungskultur und mit klaren ordnungspolitischen Zuständigkeiten. An die Koalition: „Sie haben den Gedanken der persönlichen Freiheit stark überhöht und sozusagen absolut gesetzt. Sie lassen den Markt zu. Sie werden mit diesem Gesetz die Bestattung für die Menschen in der herkömmlichen Art und Weise teurer machen. Dadurch



Verabschiedet hat der Landtag in dritter Lesung das Bestattungsgesetz. Trotz der bis zuletzt geäußerten Kritik: Die vertraute Gestalt der Friedhöfe im Lande wird sich so schnell nicht ändern. Foto: Schälte

werden Menschen in unserem Land zu neuen Bestattungsformen genötigt“.

Dr. Stefan Romberg (FDP) erinnerte an die beiden Hauptanliegen, die seine Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf zur Liberalisierung der Feuerbestattung verfolgt habe: Nämlich alternative Bestattungsformen zuzulassen und die derzeit schlechte Qualität der Leichenschau. Romberg: „Viele ungeklärte Todesfälle in Nordrhein-Westfalen werden nicht entdeckt“. Das sei sehr bedenklich, denn es heiße, dass hochgerechnet 100 bis 200 Morde in NRW „akzeptiert“ werden, wenn aus Kostengründen keine andere Regelung eingeführt wird. Das Gesetz der Landesregierung stärke die Eigenverantwortung der Menschen nicht, sondern entmündige „Menschen im Rahmen ihres Todes“. In Europa gebe es kein so restriktives und bürokratisches Gesetz.

Barbara Steffens (GRÜNE) fand es unverständlich, dass das Verstreuen der Asche von Toten auf dem Meer als Kultur gesehen werde, zu Land aber nicht. Entscheidend sei doch, „mit welchem Willen ein Mensch diese Art der Bestattung wählt und wie würdevoll man damit umgeht“. An die CDU appellierte sie, in den Kommunen, wo sie die Mehrheit habe, den

Freiraum zu nutzen, der mit dem Gesetz geschaffen werde. Mit dem Gesetz habe die Koalition die „Gratwanderung zwischen dem Bewahren von Bestattungskultur im traditionellen Sinn und dem Öffnen zu neuer Bestattungskultur geschafft“. So komme die Bestattungskultur in diesem Land „einen erheblichen Schritt voran“.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) machte darauf aufmerksam, dass sich die Formen, in denen Tote bestattet werden, im Lauf der Zeit ändern können: „Die gilt prinzipiell auch für die Totenwürde“. Die Ministerin: „Sie wird so lange geachtet, wie Bestattende in gesellschaftlich allgemein akzeptierter Weise und in achtungsvoller Einstellung gegenüber dem letzten Willen des Verstorbenen das Begräbnis vollziehen“. Urteile wie „schleichende Änderungen“, wie sie die CDU fälle, würden auch durch Wiederholung nicht richtig. Fischer legte klar, das Gesetz beschreibe keine Abkehr von traditionellen Bestattungsformen, „sondern versucht ein Gleichgewicht zwischen Tradition und neuen veränderten Vorstellungen im Umgang mit Tod und Trauer zu finden“. Und weiter: „Das Gesetz wahrt die tradierten Werte unserer Gesellschaft und ist zugleich zeitgemäß“.

Der Landtag als Forum für Künstlerinnen und Künstler

Von der Jazz-Session über museale Ausstellungen, von Kunstwettbewerben bis zu kunstgewerblichen Präsentationen, Fotoausstellungen und Lesungen – die Palette kultureller Veranstaltungen im nordrhein-westfälischen Landtag ist breit gefächert. Dabei werden viele Künstler sowie Besucherinnen und Besucher allein schon durch die architektonisch reizvollen Räumlichkeiten des Landtagsgebäudes angelockt. Im Oktober 2002 sahen beispielsweise rund 1.500 Besucher die Ausstellung „Böhmisches Glas in Nordrhein-Westfalen“. Bereits zur Ausstellungseröffnung erschienen über 500 Gäste. Im Rahmen der diesjährigen Düsseldorfer Jazz Rallye Ende Juni wird sich der Landtag erstmalig auch als Konzertstätte zur Verfügung stellen. Am 29. Juni gastiert Professor Manfred Schoof mit seiner Band in der Eingangshalle des Landtags. An drei Tagen werden insgesamt an über 30 Spielorten in der Landeshauptstadt rund 80 Auftritte von Bands und Solokünstlern aller Jazz-Richtungen zu sehen sein. Ein kulturelle Veranstaltung ganz anderer Art erwartet die Besucher Anfang Juli: 20 Schulklassen aus ganz Deutschland, darunter zehn Leistungskurse aus NRW, präsentieren ihre preisgekrönten Ergebnisse des Kunstwettbewerbs „Jugend interpretiert Kunst“ im Landtag. Die Exponate waren zuvor im Museum Küppersmühle in Duisburg ausgestellt.

„Ohne staatliche Förderung geht

Gespräch mit Dr. Renate Düttmann-Braun,
Vorsitzende des Kulturausschusses

Wie sieht die finanzielle Situation der kommunalen Theater aus?

Wir haben den Landeshaushalt für 2003 im Dezember vergangenen Jahres verabschiedet, doch die Bewilligungsbescheide für Landeszuschüsse erhalten die Theater erst jetzt. In den Bescheiden steht zudem noch weniger Geld, als im vergangenen Jahr geplant, weil jetzt noch kurzfristig die globale Minderausgabe hinzukommt. Das ist hart, denn viele Theater bekommen schon von ihren Kommunen weniger Geld als früher, können also das Defizit nicht automatisch durch andere Quellen abdecken. Verträge haben sie aber schon längst abgeschlossen, denn die Theatersaison geht bald wieder zu Ende. Dadurch haben sie jetzt ein zusätzliches Problem. Man muss folgendes bedenken: Der eigentliche Kostenfaktor ist mit 80 bis 85 Prozent das Personal, hauptsächlich das technische Personal. Als städtische Angestellte stehen sie unter dem Schutz von Tarifverträgen, die nicht für die besonderen Bedürfnisse der Stadttheater ausgehandelt sind. Das wäre anders, wenn die Stadttheater andere Strukturen wählten, zum Beispiel GmbHs.

Ist die von der Landesregierung verfügte globale Minderausgabe wirklich das richtige Instrument, um im Kulturbereich zu sparen?

Ich habe ein Problem damit. Wir verabschieden einen Haushalt. Und dann merken wir, dass die Haushaltsmittel, über die wir gesprochen haben, nicht mehr die sind, um die es eigentlich geht. Zum Beispiel haben wir jetzt statt der geplanten 3,6 Millionen Euro für die regionale Kulturförderung nur noch rund 3,3 Millionen. Das ist für mich aus meinem parlamentarischen Verständnis heraus nicht tragbar. Darüber hinaus brauchen wir ganz dringend, auch im Interesse der Kultur, eine Ge-

Dr. Renate
Düttmann-Braun (CDU)
Foto: Schälte



es nicht“



meindefinanzreform, damit die Kommunen zuverlässiger ihre Einnahmen planen können. Aber selbst wenn wir stärker umsteuern würden als zurzeit Rot-Grün, würde sich die Situation der Theater nicht von heute auf morgen verbessern.

Wie können Sie sich die Zukunft der kommunalen Theater vorstellen?

Ich stelle mir sie sehr schwierig vor und befürchte, dass sie an einigen Stellen vielleicht eine Spartenschließung vornehmen müssen. Viele dieser Stadttheater sind mehrspartige Häuser und da kann es schon passieren, dass sie das Tanz- oder auch das Sprechtheater aufgeben müssen. Ganz besonders schlimm wäre es meiner Meinung nach, das Kinder- und Jugendprogramm zu streichen. Dann kann man das ganze Theater dicht machen.

Was kann der Kulturausschuss für die Theater bewirken?

Eines ist klar: Die Politik hat sich in die Kultur nicht einzumischen. Das ist Aufgabe der Kulturschaffenden. Aber wir können Rahmenbedingungen setzen, Strukturen ändern, Experimente wagen außerhalb dieses engen Korsetts des Haushaltsrechtes. Man muss auch bedenken, dass das Land bis 1995 keine eigene Kulturpolitik betrieben hat.

Seitdem gibt es zwei Schwerpunkte. Zum einen die regionale Kulturpolitik, wozu NRW in Regionen aufgeteilt wurde, in denen dann Projekte gefördert wurden. In zwei Regionen - am Niederrhein und im Münsterland - zeigt diese Aktion Erfolg, in den übrigen Landesteilen gar nicht oder wenig. Leider wurde das Geld immer weiter zusammengestrichen, was die Effekte weiter mindert. Zum anderen wurde die RuhrTriennale geschaffen. Das ist in meinen Augen ein sehr zwiespältiges Projekt. Es ist fast unmöglich für jemanden, der sich für Kultur interessiert und für Kulturpolitik einsetzt, die Triennale vollkommen abzulehnen. Da aber immer weiter Gelder für die „alltägliche“ Förderung gestrichen werden - zum Beispiel für Stadtbüchereien -, sehe ich es als falsch an, auf der anderen Seite eine solche Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Für mich persönlich ist es wichtiger, dass das kulturelle Basis-Angebot vor Ort einigermaßen aufrechterhalten wird, als dass es in einer einzelnen Region diese Eventkultur gibt. Ich glaube, dass wir im Ruhrgebiet keinen Mangel an Angeboten haben. Und ob die Triennale wirklich der erwünschte große Wurf wird, wage ich zu bezweifeln.

Was für eine Chance hat für Sie denn die Theaterlandschaft generell in NRW?

Sie wird weiter existieren, nur dann bedauerlicherweise auf einem anderen Niveau. Und irgendwie habe ich natürlich die Hoffnung, dass sich die finanzielle Situation bei den Kommunen und im Land in Zukunft verbessern wird. Sicher ist nur, dass es ganz ohne staatliche Förderung nicht geht. Das Angebot der Theater darf sich nicht nur danach richten, was die meisten Zuschauer anzieht. Es soll auch aufrütteln und nachdenklich machen. Dafür brauchen sie finanzielle Unterstützung außerhalb der eigenen Kassen.

Das Gespräch führten Stephanie Hajdamowicz und Sandra Ketterer

Kultur – auch ein wichtiges Thema im Parlament

Kulturelle Themen, allen voran der Erhalt und die Sicherung von kulturellen Einrichtungen im Land, sind immer wieder Gegenstand von Beratungen im Plenum sowie im Kulturausschuss des Landtags. So sorgten in der Vergangenheit immer wieder Anfragen einzelner Fraktionen zu Diskussionen über die Gesamtsituation von Kunst und Kultur in NRW. Ein besonderes Augenmerk richteten die Abgeordneten hierbei unter anderem auf Themen wie die Verwendung der Mittel der Stiftung „Kunst und Kultur des Landes NRW“, die Förderung des Bibliothekenwesens, den Erhalt der Schriftkultur Nordrhein-Westfalens sowie die Förderung des musikalischen Nachwuchses an den Musikschulen. Eine zentrale Rolle nehmen darüber hinaus die Beratungen über den Erhalt bzw. die Gewährleistung einer finanziellen Grundversorgung von Theatern und Schauspielhäusern ein. Der Gesamtetat für den Kulturhaushalt umfasst in diesem Jahr 129,44 Millionen Euro. Davon werden 14,57 Millionen für das Archivwesen, 4,96 Millionen für das Bibliothekenwesen und 91,52 Millionen für die sonstige Kulturförderung verwendet. Hinzu kommen 18,39 Millionen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG). Die Gesamtausgaben des diesjährigen Landeshaushalts belaufen sich auf 47,82 Milliarden Euro. Der Anteil des Kulturhaushalts am Gesamthaushalt beträgt 0,27 Prozent.

VON MANFRED BÖCKER (SPD)

Nach extrem kurzer Vorbereitungszeit ist die RuhrTriennale im Herbst 2002 gestartet. Die Hauptsaison hat jetzt begonnen und die künstlerischen Erfolge stellen sich ein. Die RuhrTriennale hat inzwischen einen Namen, der europaweit beachtet wird. Die Publikumszahlen in diesem Jahr belegen das große Interesse am Festival. In breiten Schichten der Bevölkerung ist die Triennale jetzt „angekommen“. Gerard Mortier bietet ein Programm, das die Menschen gewinnen will, ohne populistisch zu sein. Es verlangt ihnen aber auch die Bereitschaft ab, sich auf Neues, Ungewohntes einzulassen.

Die Resonanz in den Medien ist überwältigend. Nahezu alle großen Tageszeitungen dieser Welt, von Le Monde bis New York Times haben ausführlich über die RuhrTriennale berichtet und tun es weiterhin. Zahlreiche Fernsehsender sind live vor Ort, der Rundfunk überträgt national und international. Produktionen der RuhrTriennale, wie zum Beispiel Alain Platels „Wolf“, gehen ausschließlich auf die besten Festivals in ganz Europa und machen dort die RuhrTriennale zu einem Begriff und lenken die Aufmerksamkeit auf das Ruhrgebiet.

Sicherlich müssen die touristischen Wirkungen der RuhrTriennale noch gesteigert werden und manche Verbesserung wird erst demnächst Platz greifen.

Es bleibt aber schon jetzt festzuhalten: Der Imagegewinn für das Ruhrgebiet ist beträchtlich: Man bewundert das Land und die Region, die in schweren Zeiten einen solch mutigen Aufbruch und Neuanfang wagt.



VON RICHARD BLÖMER (CDU)

Auch knapp zwei Monate nach dem Start ihres zweiten Zyklus bewegt die RuhrTriennale die Gemüter. Die Zwischenbilanz fällt künstlerisch gesehen sehr positiv aus. Doch es bleiben Fragen.

Bei Umrechnung der Kosten auf die Besucherzahlen ergibt sich für das Jahr 2002 ein Zuschuss von 275 Euro pro Ticket. Das ist doppelt bis drei Mal soviel wie an anderen Bühnen. Angesichts der Haushaltslage droht die Breitenkultur zu Gunsten einer Event-Kultur auf der Strecke zu bleiben.

Für die Akzeptanz des Festivals vor Ort und in der Region muss noch einiges getan werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als seien Fremde an die Ruhr gekommen, um für Fremde zu spielen. Dabei sind die Menschen im Ruhrgebiet kulturell sehr aufgeschlossen. Ein Beleg dafür sind die zahlreichen Festivals wie beispielsweise die Ruhrfestspiele, das Klavierfestival Ruhr und die Tage Alter Musik. Das Ruhrgebiet verfügt über viele hervorragende Theater, Orchester, Chöre und auch über eine Freie Kulturszene.

Bedauerlich ist die Entwicklung, dass die bisher gute Zusammenarbeit und Abstimmung innerhalb der Kulturschaffenden durch die RuhrTriennale empfindlich gestört wurde.

Eine RuhrTriennale wird erst dann ein echtes Glanzlicht, wenn die geballte kulturelle Kraft des Ruhrgebietes in die Programmplanung einbezogen wird. Das Ruhrgebiet muss durch seine Menschen zur Sprache kommen. Nur dann können auch seine Geschichte und seine Kultur lebendig werden.



VON BRIGITTE CAPUNE-KITKA (FDP)

Vor gut anderthalb Monaten fiel der Startschuss für die Hauptsaison der RuhrTriennale. Nachdem der Auftakt im vergangenen Herbst alles andere als gelungen, weder ruhm- noch erfolgreich war, bleibt mit Spannung abzuwarten, ob nun die zweite Runde gewonnen wird. Oberstes Ziel ist doch, die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens zu erreichen und die Herzen der Menschen - insbesondere im Revier - für die kulturellen Ereignisse zu erwärmen.

Mit dem der Triennale anhaftenden elitären Flair ist kein Sieg zu holen. Das Ruhrgebiet sollte sich mit der dargebotenen Kultur und Kunst identifizieren können.

Um eine aussagekräftige Zwischenbilanz ziehen zu können, müsste aktuelles Zahlenmaterial zugänglich sein und ausgewertet werden. Um das Profil der Triennale zu schärfen, das Konzept strukturieren und konzentrieren zu können, müsste über Tops und Flops Klarheit und Wahrheit herrschen und dementsprechend Schlüsse gezogen werden. Doch leider liegen uns keine aktuellen Informationen über die Triennale vor.

Sowohl den Künstlerinnen und Künstlern der Organisation als auch den Förderern ist zu wünschen, dass aus den anfänglichen Fehlern und Defiziten gelernt wurde, die richtigen Konsequenzen gezogen wurden, und dass das hochartifizielle Programm in seinen komplexen dramaturgischen Verstrickungen vom Publikum akzeptiert wird und begeistert.



VON OLIVER KEYMIS (GRÜNE)

Für Bilanzen ist es noch zu früh. Die RuhrTriennale läuft derzeit im ersten Teil ihrer zweiten Spielzeit (es ist sozusagen Hauptsaison) und bisher mit dem gewünschten Erfolg. Fast alle Veranstaltungen sind sehr gut besucht bis ausverkauft. Die Menschen im Ruhrgebiet und viele Gäste von außerhalb besuchen „ihre“ RuhrTriennale ebenso wie sie „ihre“ Ruhrfestspiele und all die anderen Festivals und Feste gerne besuchen.

Die Veranstaltungen sind künstlerisch höchst anspruchsvoll, bieten sich nicht an und bieten Theater, Tanz- und Musikerlebnisse zum Teil in einem höchst ansprechenden „Cross over“, das heißt, es werden in so genannten „Kreationen“ die verschiedenen Kunstformen miteinander kombiniert und in neuen, ansprechenden Zusammenhängen in den alten, renovierten und technisch hergerichteten Industriestandorten präsentiert. Der kulturelle Reichtum des Reviers ist unübertroffen und soll es bleiben. Die RuhrTriennale ist auf dem Weg zur Institution, sie verdrängt nichts, sondern sie profiliert das Ruhrgebiet auf eigene Weise und ergänzt die vorhandene kulturelle Vielfalt. Die kritischen Töne hier und da sollten zu verstärkter Kooperation in der Region führen und die Städte im Ruhrgebiet haben noch viele Möglichkeiten, weitere Impulse in die Weiterentwicklung der RuhrTriennale zu senden, denn Gutes macht Appetit auf mehr.



Betreuung von Sterbenden: Wo Medizin nur noch lindern kann

Experten äußern sich zur letzten Phase des menschlichen Lebens

Alle Fraktionen treten darin für einen humaneren Umgang mit dem Tod ein und sprechen sich gegen aktive Sterbehilfe aus. Sie rufen dazu auf, Palliativmedizin bei der beruflichen Ausbildung im Gesundheitsbereich stärker zu fördern, sowohl bei Medizinern als auch beim Pflegepersonal. Sterbebegleitung müsse gesellschaftlich stärker anerkannt werden.

Von Seiten der Ärzte hieß es, dass Modellversuche zu ambulanten Palliativdiensten in NRW sehr erfolgreich verlaufen seien. Hierbei stehe die Zusammenarbeit zwischen Hausärzten und stationärem Personal im Vordergrund. Eingebunden seien auch psychologische Betreuer. Die Resonanz bei Angehörigen und Behandelnden sei hervorragend, denn dadurch könnten die Patienten mehr Zeit zu Hause verbringen. Schwierig sei aber die Finanzierung, sobald das Modellprojekt in eine dauerhafte Institution umgewandelt werden solle. Wenn in Fallpauschalen, so genannten DRGs (Diagnosis Related Groups), abgerechnet werde, gebe es Probleme, die Leistungen angemessen zu vergüten. Pauschalen gingen zum Beispiel zu wenig auf den erhöhten Aufwand ein. Daher müsse für die Palliativmedizin eine andere Lösung gefunden werden. Hierin fanden sie die Unterstützung aller in der Sterbebegleitung Tätigen.

NETZWERKE

Gegen eine Anbindung an Krankenhäuser oder Altenheime wandten sich die Vertreter der Hospize. „Lassen sie die stationären Hospize an der Stelle, wo sie jetzt sind“, hieß es aus ihren Reihen. Die Arbeit eines Hospizes lasse sich nun einmal nicht in einem Krankenhaus verwirklichen. Multiprofessionelle Teams, wie sie von den Palliativmedizinern gefordert wurden, unterstützten die Hospizsprecher dagegen. Netzwerke müssten nach Bedarf aufgebaut werden, in einer Großstadt wohnten die Bedürftigen dichter zusammen als auf dem Land. Generell vermissten sie den Aspekt der psychosozialen Betreuung in den Anträgen der Fraktionen.

Da die Hospizarbeit vielfach von Ehrenamtlichen getragen werde, gebe es immer wieder Geldprobleme. Auch seien die freiwilligen Mitarbeiter nicht durch eine Versicherung, wie etwa im Bereich der ehrenamtlichen Kräfte im Sport, geschützt. Hier fanden sie Unterstützung von Seiten der Kirchen, die auf eine Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit drängten. Der Anteil, den die Hospize durch Spenden aufbringen müssten, sei nicht immer einfach zu bekommen. Auch befürchteten sie, dass durch das Pflegequali-

Der Tod: Teil des Lebens, aber immer wieder verdrängt, ein Thema, über das man nicht gerne spricht. Bei immer mehr Single-Haushalten in Deutschland ist der von vielen erhoffte sanfte Tod im Familienkreis nicht mehr selbstverständlich. Hospize stehen als Begleiter des letzten Weges schon lange bereit, doch auch die Schmerzbehandlung von unheilbar Kranken, Teil der so genannten Palliativmedizin, rückt immer mehr in den Vordergrund. Dieser aktuellen Entwicklung haben sich alle Fraktionen angenommen und in einer Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge am 11. Juni Sachverständige zu Anträgen der CDU „Auch Sterben ist ein Teil des Lebens“ (Drs. 13/3217), der FDP „Multiprofessionelle Versorgung von schwerstkranken Patienten“ (Drs. 13/3849) sowie von SPD und GRÜNE „Für ein menschenwürdiges Sterben in einer humanen Gesellschaft“ (Drs. 13/3968) angehört.

tätssicherungsgesetz zusätzlicher bürokratischer Aufwand auf sie zukomme.

Dem widersprachen die Krankenkassen. Sie glauben nicht, dass die Hospizarbeit durch neue Verordnungen behindert werde. Hinsichtlich der in den Raum gestellten Zahl von insgesamt 50 Betten in Palliativstationen pro einer Million Einwohner gaben sie sich zurückhaltend. Bisher seien vorhandene Stationen oft nicht ausgelastet, daher sei ein solcher Standard nicht überall erforderlich. Auch Vertreter anderer Gruppen wollten den generellen Bedarf nicht auf diese Zahl festlegen.

Einig waren sich alle Sachverständigen darüber, dass in allen Bereichen der Sterbe-

begleitung mehr Wissen notwendig sei. Zwei Lehrstühle zur Palliativmedizin seien in NRW eingerichtet, aber genug sei das noch lange nicht. Medizinstudenten sollten in ihrem Studium eine gewisse Anzahl an Veranstaltungen über diese Art der Behandlung besuchen, lautete eine der Forderungen. Dafür müsse aber auch der Lehrplan angepasst und flächendeckende Angebote geschaffen werden. Das Gleiche gelte für Pflegeberufe und alle anderen, die im Gesundheitsbereich arbeiten. Fachkräfte könnten dann als Multiplikatoren vor Ort dienen und denen weiterhelfen, die sich auf diesem Spezialgebiet weniger gut auskennen. **sk**

Sachverständige unter sich (v.l.): Dr. Brigitte Hefer von der Ärztekammer Nordrhein, Dr. Eugen Engels, Ärztekammer Westfalen-Lippe, Professor Dr. Eberhard Klaschik (Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin) und der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Dr. Leonhard Hansen.



Foto: Schälte

120 Millionen mehr für staatliche Leistungen

Beim Wohngeldanstieg haben sich alle geirrt

Im Entwurf des Nachtragshaushalts 2003 gebe es keine Risiken, versicherte Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) im Haushalts- und Finanzausschuss am 13. Juni, und wies auf die zu-

sätzlich zu den Steuerausfällen enthaltenen Ansätze für gesetzgeberisch bedingte Mehrausgaben hin. Die wiederholten Fragen der Oppositionsfraktionen nach Prioritäten der Landesregierung bei den globalen Minderungen beantwortete er mit dem Hinweis auf die Ressorthoheit und das allseits akzeptierte flexible Verfahren des neuen Steuerungsmodells.

„Bund und Länder haben sich geirrt“, räumte Ministerialdirigent Dr. Günter Berg ein, als die Wohngeldnovelle des Bundes zur Sprache kam, die in den Jahren 2001 und 2002 in NRW bereits zu Mehrausgaben von jeweils über 100 Millionen Euro geführt hat. Im Nachtragsentwurf ist wiederum ein Mehrbedarf von 100 Millionen Euro für 2003 eingeplant,

wovon die Hälfte vom Land zu tragen ist. Als Ursachen führt das Finanzministerium die gestiegene Zahl der Erwerbslosen, die schwache Konjunktur und niedrigere Einkommen der Erwerbstätigen an.

Ebenfalls mit schwacher Wirtschaftslage begründet wird im Nachtrag die stärkere Inanspruchnahme von Prozesskostenhilfe und von Stundung bei Verbraucherinsolvenz. Der starke Anstieg von Betreuungsfällen, nämlich mehr als doppelt so viele wie vor zehn Jahren, und damit verbunden die höheren Kosten für Vormünder, Pfleger und Betreuer wird mit der Bevölkerungsentwicklung begründet. Mit 23 Millionen Euro mehr für „Auslagen in Rechtsachen“ und zehn Millionen Euro mehr für Betreuer muss 2003 gerechnet werden.

Mehr Mittel müssen auch für das Programm „Geld statt Stellen“ (Schulministerium) bereitgestellt werden. Die zunächst für 2003 veranschlagten 103 Millionen Euro reichen zum Auffangen von Unterrichtsausfall nicht aus, zumal sie durch die globale Minderausgabe um zehn Prozent zu kürzen waren. Trotz restriktiver Bewirtschaftung seien weitere 25 Millionen Euro zwingend nötig, stellt die Landesregierung fest. Mehrausgaben in Höhe von zusammen 18 Millionen Euro wurden im Nachtrag 2003 auch für das „MeisterBAFöG“, für Beiträge der Universitätskliniken an die Landesunfallkasse und für den Bau von Pflegeheimen veranschlagt (Bericht über die 1. Lesung S. 4/5).



Foto: Schälte

Gleich schließt sich die Tür: In vertraulicher Sitzung erörterte der Haushalts- und Finanzausschuss mit seinem Vorsitzenden Volkmars Klein (r.) aktuelle Situation und Geschäftsentwicklung der Landesbank und der WestLB, letztere vertreten durch ihren Vorstandsvorsitzenden Jürgen Sengera (l.).

Der Innenausschuss hat sich bei einem Besuch in Münster über den dortigen Drogenkonsumraum informiert. In diesem ältesten und ersten Konsumraum können schwerabhängige Konsumenten harter Drogen Betäubungsmittel in geringern Menge unter fachlicher Aufsicht zu sich nehmen und gebrauchte Spritzen, die leicht Hepatitis und das HI-Virus übertragen können, gegen neue tauschen.

Dem Polizeipräsidenten in Münster galt jedoch in erster Linie der Besuch des Ausschusses. Dabei gratulierte Ausschussvorsitzende Klaus-Dieter Stallmann (CDU) zu Sitzungsbeginn dem Münsteraner Polizeipräsidenten Wimber für die Auszeichnung, die ihm – stellvertretend für seine Behörde – aus Anlass des 6. Speyerer Qualitätswettbewerbs im Rahmen eines Festaktes Ende letzten Jahres für sein „Strategisches Management“ verliehen wurde. Er wurde dort als Preisträger für die vielfältigen Aktivitäten zur Verwaltungsmodernisierung ausgezeichnet.

Polizei Münster modernisiert die Verwaltung: Begehrten Preis für neues Steuerungsmodell erhalten

Hans Krings (bisher Mitglied des Ausschusses für die SPD-Landtagsfraktion und seit Anfang Mai im neuen Amt als Staatssekretär im Innenministerium) betonte, der Polizeipräsident könne zu Recht stolz sein auf diese Auszeichnung und das, was er mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelt und umgesetzt habe, übrigens auch in enger Abstimmung mit dem Personalrat. Der Polizeipräsident habe langen Atem bewiesen, so der Staatssekretär, seit 1994 die Modellbehörden „Budgetierung“ ausgesucht wurden und Münster von Anfang an dabei war.

Krings ging auf die Ziele der Verwaltungsreform (Bürger- und Kundenfreundlichkeit, Wirtschaftlichkeit) und die Umsetzungswerkzeuge (darunter Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling) ein, erwähnte das überaus gute Ergebnis einer Mitarbeiterbefragung und lobte „eine hoch leistungsfähige Polizei, die sich dem Vergleich mit anderen problemlos stellen“ könne. Mit Blick auf das Konzept des Polizeipräsidentiums Münster zur Bekämpfung der Drogenkriminalität hob er die lebensrettende Funktion der Einrichtung des Drogenkonsumraums hervor.

Wolfgang Fröhlecke

Verkehrsausschuss in Gelsenkirchen

Stressfrei zum Stadion in NRW bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006

Der Verkehrsausschuss informierte sich am 3. Juni in Gelsenkirchen über die Planungen für den öffentlichen Personennahverkehr und das elektronische Fahrkarten- und Leitsystem während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im Ruhrgebiet.

In NRW befinden sich drei Stadien für die Fußball-WM, in Köln, Dortmund und Gelsenkirchen. Die Verkehrsexperten wollen eine „stressfreie Mobilität“ während der WM und ein positives Image für NRW schaffen. Optimale Information und Nachhaltigkeit bei allen Investitionen werden angepeilt.

Die WM-Karten sollen Kombi-



Haltestelle Dortmund Westfalenhalle nach einem Spiel.

ckets und gleichzeitig Fahrkarte sein, das bedeutet „weltweites Ticketing-Management“.

In Gelsenkirchen stellte Geschäftsführer Dr. Klaus Vorgang (VRR) zunächst die Leistungen des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR) dar: Für 7,3 Millionen Einwohner aus 16 Städten, fünf Kreisen und 46 kreisangehörigen Gemeinden organisieren 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des größten Verkehrsverbunds Deutschlands mit 5000 Bussen und Bahnen den öffentlichen Nahver-

kehr. Auf den 858 Verkehrslinien wurden im Jahr 2002 700 Millionen Euro an Fahrgeldern eingenommen.

Nach Preissteigerungen im ersten Jahrzehnt ab 1980 verzeichnete der VRR zunächst einen Einbruch bei den Fahrgastzahlen. 1991/92 wurde das Ticket 2000 eingeführt. Die Fahrgäste kamen zurück. Bei regelmäßigen Preiserhöhungen nahmen die Einnahmen im nächsten Jahrzehnt um vier Prozent zu. Heute haben 70 Prozent der Fahrgäste ein Abonnement. Das „Abo für jede Lebenslage“ wird angepeilt.

Ab Herbst 2003 soll es das „Senioren-Ticket“ geben. Es soll bis zu 400.000 Kunden über 60 Jahre erreichen und wird als Jahres-Abo persönlich ausgestellt, gilt rund um die Uhr, umfasst Zusatzleistungen wie die Mitnahme

von bis zu drei Kindern abends und am Wochenende, „Mobilitätsgarantie bis 30 Euro“, Fahrradmitnahme, ein „zielgruppen-gerechtes Scheckheft für Mehrwertangebote“ und die 1.Klasse-Nutzung im Schienenverkehr.

Trotz aller Bemühungen um Optimierung sei Kostendeckung im ÖPNV nicht möglich, schloss Dr. Vorgang seinen Vortrag. Die Lücke zwischen Aufwand und Ertrag bleibe bestehen, erinnerte er die Landtagspolitiker an die gesetzlich festgelegte Förderung aus Landesmitteln.

Lothar Megger (VRR) trug die Planungen zur Fussball-WM vor. „Die Welt zu Gast in NRW“, solle 2006 das Motto sein. Bis 2004 soll in mindestens einem Stadion der „Echt-

betrieb“ ge-
probt werden.
Man rechne mit
3,2 Millionen Sta-
dionbesuchern, 1.500
Mannschaften und Be-
treuern, 100 Schieds-
richtern, 1.500 FIFA-Offi-
ziellen, 15.000 Medienvertretern,
dazu mit Sponsoren, Partnern und
Gästen.

Für den Bahnhof Gelsenkirchen (Neugestaltung ohne „Angsträume“, Verbesserung des U-Bahnhofs und Umgestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs) rechnet Megger mit Kosten von 42,2 Millionen Euro, die zu mehr als der Hälfte auf die Stadt und mit 19,4 Millionen auf die Deutsche Bahn (DBAG) entfallen. Der Finanzbedarf von 39 Millionen in Dortmund entfällt vor allem auf die DBAG.

ELEKTRONISCHE CHIPKARTEN

Für die Fußball-WM sind (elektronische) Chipkarten geplant. Eine Million e-Tickets seien bereits eingeführt, erläuterte Megger. Zur WM soll es ein „intelligentes Papier“ mit Chip geben. Der Bund helfe dem VRR durch vorgezogene Finanzierung im Rahmen der Zuweisungen aus der Gemeindeverkehrsfinanzierung. In den ÖPNV Rhein-Ruhr würden bis 2006 132 Millionen Euro investiert.

Während der Fahrt zum Schalcker Stadion wurde der Verkehrsausschuss über den geplanten Ausbau an der Strecke vom Hauptbahnhof zum Stadion informiert. An der Schalke-Haltestelle empfing der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Oliver Wittke den Ausschuss. Der Schalke-Manager Assauer berichtete von sehr guten Erfahrungen mit dem bargeldlosen Zahlungsverkehr der Zuschauer an den Getränke- und Imbissständen im Stadion. ☺



Ein „intelligentes Papier“ sollen die Kombi-Tickets bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 werden, in der Mitte ein Chip für Eintritt und öffentlichen Nahverkehr, außen die Werbung der 16 Sponsoren.

Einvernehmliche Forderung der Experten

Mindeststudienzeit von vier Jahren als „Eintrittskarte“ für die Kammern

Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Städtebau und Raumordnung (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD): Grundsätzlich begrüßten die eingeladenen Sachverständigen die von der Landesregierung geplante Novellierung des Baukammerngesetzes (BauKaG NRW). In einigen zentralen Punkten des Gesetzentwurfes (Ds. 13/3532) forderten sie jedoch Nachbesserungen - zuvorderst bei der Regelung zur Studiendauer als Zugangsvoraussetzung zur Architektenkammer beziehungsweise zur Ingenieurkammer-Bau.

Beislang ist es so: Das Ende 1992 in Kraft getretene BauKaG NRW verlangt als Voraussetzung für den Eintrag in eine der Fachrichtungslisten (für Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten etc.) bei der Architektenkammer oder in die Liste der beratenden Ingenieurinnen und Ingenieure bei der Ingenieurkammer-Bau den Abschluss eines Hochschulstudiums. Diese Regelung richtet sich nach den in Deutschland für diese Fachrichtungen ausschließlich vorhandenen Diplom-Studiengängen. Mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen wird diese Einheitlichkeit der Studienabschlüsse jedoch aufgegeben. Das führt dazu, dass zukünftig Hochschulabschlüsse unterschiedlicher Qualität vorliegen werden. Um jedoch zu verhindern, dass Personen mit sehr unterschiedlichem Ausbildungsniveau die gleiche Berufsbezeichnung führen können, plant die Landesregierung die Vorschriften über die Eintragungsvoraussetzungen in die Listen der Kammern so zu ergänzen, dass ein Hochschulstudium mit einer gewissen Mindestregelstudienzeit abgeschlossen sein muss. Laut

Gesetzentwurf soll diese für Architekten mindestens acht Semester, für Bauingenieure hingegen nur „mindestens sechs Theoriesemester“ umfassen.

Während Architektenkammer-Präsident Hartmut Miksch die Zugangsregelung für Architekten ausdrücklich begrüßte, sprach sich Peter Dübbert, Präsident der Ingenieurkammer-Bau, gegen die geplante Sechs-Semester-Regelung, und für eine vierjährige Mindestregelstudienzeit für Bauingenieure aus. Das Ziel, Studierende rascher als bisher berufsfähig zu machen, fände zwar grundsätzlich die Zustimmung der Kammer. Eine Studienzeit von sechs Semestern werde jedoch der in vielfältiger Hinsicht verantwortungsvollen Tätigkeit der Ingenieure nicht gerecht. Sie ginge zulasten der zwingend erforderlichen Verzahnung von Theorie und Praxis in der wissenschaftlichen Ingenieurausbildung.

STUDIENDAUER

„Egal, wie der Abschluss letztendlich heißen mag, das derzeitige Niveau der Qualifikation von Ingenieuren darf unter keinen Umständen unterschritten werden“, so Dübbert. Rückendeckung erhielt er unter anderem vom Landesvorsitzenden des Bundes Deutscher Baumeister (BDB), Robert Dorff. Eine Mindeststudiendauer von acht Semestern für die Fachrichtungen Architektur und Bauingenieurwesen als Grundvoraussetzung für die Kammerfähigkeit

bezeichnete er als unumgänglich. Die im Gesetzentwurf vorgenommene Unterscheidung zwischen beiden Fachrichtungen sei ihm vor dem Hintergrund der steigenden Komplexität des Bauens „völlig unverständlich“. Ein Blick auf die aktuellen Regelstudienzeiten ließe den Schluss zu, dass den Hochschulen im gesamten Bundesgebiet bewusst sei, dass mit einer kürzeren Studiendauer die zu vermittelnden fachlichen Stoffe nicht in dem Maße gelehrt werden könnten, wie es die aktuelle Berufspraxis den Absolventen abverlange.

Auch Professor Dr. Gerhard Hanswille (Uni Wuppertal) bezeichnete die Sechs-Semester-Regelung als einen „Rückschritt“: In Großbritannien aber auch in den USA gebe es ernsthafte Anstrengungen, die Studiengänge von den Lehrinhalten umzustellen und die Studienzeiten auf acht bis zehn Semester nach oben zu bringen. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum wir hier noch auf einen Zug aufspringen, der woanders schon halbwegs aufs Abstellgleis gestellt wird“, so Hanswille. Ablehnende Worte auch von Professor Dr. Kostas Meskouris (Uni Aachen): Eine Studienzeitverkürzung gehe automatisch zu Lasten der Theorie, „dabei ist Theorie das Einzige, was nicht veraltet, was auch nach fünf, zehn und mehr Jahren Gültigkeit hat.“ Professor Dr. Karl Schweizerhof von der Uni Karlsruhe und stellvertretender Vorsitzender des Fakultätentages für Bauingenieure berichtete von den Erfahrungen ausländischer Kollegen mit den Bachelor- und Masterstudiengängen. Sowohl in den USA als auch in Großbritannien hätten die Ingenieurverbände - diese sind vergleichbar mit den Kammern in Deutschland - nach umfangreichen Studien feststellen müssen, „dass ihre Bachelorabschlüsse den Anforderungen an die Ingenieure in der Praxis nicht gerecht werden“. Er sehe durch die Erfahrungen der Amerikaner und Engländer ein Festhalten an den Inhalten und damit auch an den Zeiten der Diplomstudiengänge in Deutschland bestätigt. Somit seien „die vier Jahre Minimum für die Kammer absolut gerechtfertigt“. **ax**

Ehrenbürger der türkischen Stadt Alanya ist Wolfgang Röken (L.) geworden. Der Gladbecker Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Landtagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen wurde geehrt, weil er vor zehn Jahren als Bürgermeister die Städtepartnerschaft zwischen Gladbeck und Alanya begründet und seither durch vielfältige Aktionen und Initiativen kontinuierlich gepflegt und ausgebaut hat. Unser Bild zeigt Röken, der auch Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe des Landtags ist, zusammen mit Hasan Sipahioglu (r.), dem Bürgermeister der Partnerstadt.



Landtag setzt sich für Werk Opladen ein

In einer gemeinsamen EntschlieÙung (Drs. 13/4003) haben sich alle vier Fraktionen im Landtag für den Erhalt des Bahnausbesserungswerks Opladen ausgesprochen. Die Deutsche Bahn AG (DB AG) wurde aufgefordert, keine unternehmerische Entscheidung zu treffen, die gegen den größten Kunden NRW, das Bahnland Nr. 1, gerichtet ist. Herbert Reul (CDU) berichtete von der ungeheuren Hoffnung der betroffenen Beschäftigten, dass ihnen noch jemand gegen die Stilllegungspläne der DB helfen könnte. Er bitte um eine gemeinsame Haltung aller vier Fraktionen. Edmund Feuster (SPD) stellte klar, der Schließungsbeschluss sei weder eine Entscheidung der Landes- noch der Bundesregierung. Die Bahn dürfe ihren größten Kunden nicht verprellen. Es sei schon viel Zeit für eine eventuelle Privatisierung des Werks vergangen, meinte Christof Rasche (FDP). Sein

Vorschlag: Das parteipolitische Gezänk aus den beiden vorliegenden Anträgen herausnehmen und sich auf einen gemeinsamen Text verständigen. Peter Eichenseher (GRÜNE) sah eine Chance, das extrem hoch qualifizierte Kompetenzzentrum Opladen zu erhalten. Seit sieben Jahre liege der DB der Vorschlag auf dem Tisch, dem Werk die unternehmerische Eigenständigkeit zu geben. Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) warnte vor Versprechungen und zu großen Erwartungen. Bei der DB AG habe nicht einmal der Bund als Alleingesellschafter ein unmittelbares Einwirkungsrecht auf eine solche Entscheidung. Noch viel weniger könne das Land eine unternehmerische Entscheidung treffen. Der Minister äußerte sein Unverständnis darüber, dass eine auf den neusten technischen Stand gebrachte Werkstatt der Bahn dicht gemacht werden soll. 🗨



Nach Brandenburg führte die jüngste Studienfahrt der Vereinigung ehemaliger Landtagsabgeordneter. Höhepunkt war ein Empfang durch den brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (r.), hier zusammen mit dem Vorsitzenden der Vereinigung, Staatsminister a. D. Dr. Rolf Krumsiek (l.). Bei den Empfängen mit dem Ministerpräsidenten des NRW-Partnerlandes und mit Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich wurde übereinstimmend die Bedeutung der Hilfen hervorgehoben, die Nordrhein-Westfalen für Brandenburg geleistet hat. Abgerundet wurde die Reise der 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus NRW durch einen Besuch von Schloss Rheinsberg und durch ein Sonderkonzert von Studenten der Musikakademie. Weitere Höhepunkte waren die Führung durch Schloss und Gärten von Sanssouci sowie eine Schifffahrt auf den Seen Brandenburgs.

Foto: Heinemann

Die Medienausschüsse der Dreiländer-Region fordern:

Mehr grenzüberschreitenden Austausch für Rundfunk und Bürger

Auf Initiative des Medienausschusses des nordrhein-westfälischen Landtages hat ein Parlamentariertreffen zu grenzüberschreitenden Medienthemen mit Vertretern Nordrhein-Westfalens, Belgiens und der Niederlande in Amsterdam stattgefunden.

Während des hochkarätig besetzten ersten interparlamentarischen Treffens der Medienausschüsse aus den Parlamenten Nordrhein-Westfalens, der Niederlande und Belgiens, das vom Europäischen Medieninstitut organisiert worden war, wurden die Herausforderungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa und die Rolle der Medien bei der Begegnung der Bürger unterschiedlicher Länder erörtert.

Es stellte sich dabei heraus, dass die verschiedenen Länder unterschiedliche Akzente bei den Online-Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks setzen. Die Mehrheit

plädierte dafür, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch stärker über die Angebote und Inhalte als über die Verbreitungsformen zu legitimieren. Nicht zuletzt aus der Eröffnungsrede von Gerrit Jan Wolffensperger, bis vor kurzem Intendant des niederländischen Fernsehens, wurde deutlich, dass die Öffentlich-Rechtlichen größte Mühe haben, die jüngere Generation mit ihrem Programm überhaupt zu erreichen. Erfolgreiche Ausnahmen – so die Parlamentarier unter Vorsitz von Claudia Nell-Paul (SPD) – sind etwa die WDR-Jugendwelle „EINSLIVE“ oder der ins Öffentlich-Rechtliche eingebettete jugendorientierte niederländische Anbieter BNN. Man stimmte aber darin überein, dass gerade die Online-Aktivitäten künftig ein wichtiges Tor zur Zielgruppe der Jugendlichen sein werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Debatte war die Sorge über mangelnde Möglichkeiten der

grenzüberschreitenden Rundfunkverbreitung der nationalen Sender. Mit Ausnahme der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, vertreten durch ihren Ministerpräsidenten Karl-Heinz Lambertz, wurde bemängelt, dass nicht zuletzt durch die kaum noch genutzte analoge terrestrische Verbreitung viele grenznahe Regionen die Programme der jeweils anderen nicht mehr empfangen können. Die Frequenzknappheit auf dem Kabel hat hier eher zu einer Verschlechterung des Rundfunkaustauschs beigetragen. Dies zusammen mit der Abnahme des Unterrichts in den Sprachen der Nachbarländer lässt, so die Sorge der Runde, an der auch Vertreter von Botschaften und Konsulaten sowie der Medienressorts der jeweiligen Kabinette teilnahmen, die Bürger Europas nicht zwangsläufig immer näher zusammen kommen – im Gegenteil, viele Parlamentarier klagten, dass sowohl persönliche wie Massenkommunikation grenzüberschreitend eher abgenommen haben.

Hier wollen die Parlamentarier ein Zeichen setzen. Sie werden sich künftig in den Ausschüssen und als einzelne Parlamentarier regelmäßig treffen, austauschen und die Kommunikation in der Region systematisch fördern. Das Europäische Medieninstitut wird hier eine Plattform bieten. 🗨

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Der **Ausschuss für Arbeit/Gesundheit/Soziales** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) berät am 18. Juni abschließend über den CDU-Antrag, den Landesnachweis „Engagiert im sozialen Ehrenamt“ auch auf kulturelle und sportliche ehrenamtliche Tätigkeiten zu übertragen. Der Antrag wurde nur vom mitberatenden Kultur-ausschuss einstimmig angenommen, im Sport-, Familien- und Innenausschuss dagegen von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, wie auch die FDP-Entschließung dazu „Ehrenamt stärken“. Über eine Entschließung von SPD und GRÜNEN, das bürgerschaftliche Engagement in NRW zu stärken und zu unterstützen, wird am 18. Juni ebenfalls abgestimmt.

+++

Die deutliche Entscheidung der Polen zum EU-Beitritt im Referendum am 7. und 8. Juni verleiht den Gesprächen einer Delegation des **Europa-Ausschusses** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) mit polnischen Politikern während der Informationsreise vom 16. bis 21. Juni besondere Aktualität. Außerdem wollen die NRW-Parlamentarier zur Vertiefung der Kontakte zur NRW-Partnerregion Slaskie (Schlesien) beitragen.

+++

Mit Demenz (psychischen Veränderungen im Alter) befasst sich die **Enquete-Kommission „Zukunft der Pflege“** (Vorsitz Angelika Gemkow, CDU) am 20. Juni. Vier Experten sind zu Vorträgen über die Krankheit und über Hilfen für Angehörige und Betreuer eingeladen.

+++

Die Gemeinde Hiddenhausen informiert den **Kommunalausschuss** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) am 25. Juni über die Einführung der doppelten kaufmännischen Buchführung im Rahmen des Pilotprojekts „Neues Kommunales Finanzmanagement“.

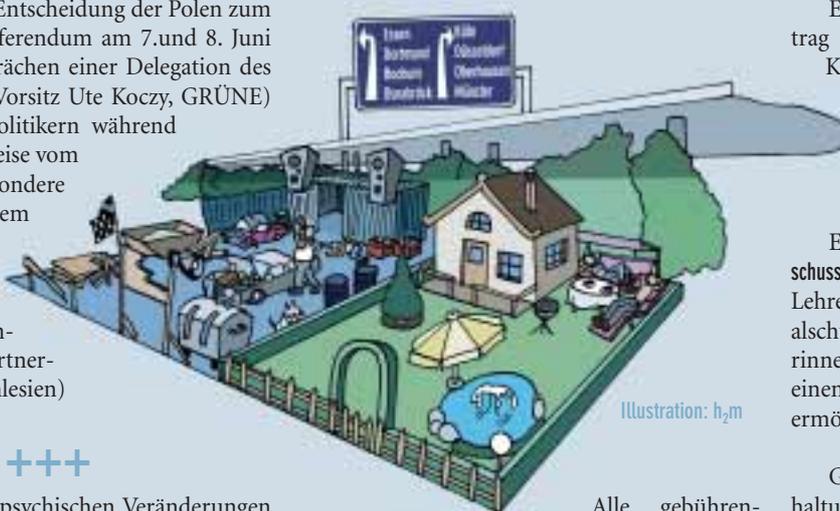
+++

Im **Frauenausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) berichtete am 13. Juni das Wissenschaftsministerium zum CDU-Antrag für einen höheren Frauenanteil bei Wissenschaftlern und Forschern. Zum CDU-Antrag für eine qualifizierte Au-pair-Vermittlung berichtete das Jugendministerium. Außerdem befasste sich der Ausschuss mit der Frauenmesse 2004.

Verstöße gegen Vergabevorschriften beim Bau eines ökologischen Gründerzentrums, beim Umbau einer Zeche zu einem Technologiezentrum und beim Neubau eines kommunalen Museums rügte der Landesrechnungshof (LRH). Nach Rückzahlung von zuviel erhaltener Förderung und anderen Sanktionen erteilte der **Ausschuss für Haushaltskontrolle** (Vorsitz Rolf Seel, CDU) am 6. Juni mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN der Landesregierung für die Haushaltsrechnung 2000 Entlastung.

+++

Den CDU-Antrag, das Kleingartenwesen in NRW nicht durch Beiträge und sonstige Kosten zu behindern, lehnte der **Agrarausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) am 30. Mai ab. Das Plenum folgte der Ausschussempfehlung am 4. Juni, nahm dagegen die Entschließung von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/3884) an.



Alle gebührenpflichtigen Amtshandlungen der Schlacht- und Fleischuntersuchungen sind durch eine Pauschalgebühr erfasst. Darin sind auch Gebühren für Trichinen- und bakteriologische Fleischuntersuchungen enthalten. Die klarstellend geänderte Verordnung übersandte die Landwirtschaftsministerin dem **Agrarausschuss** am 4. Juni.

+++

Anlässlich der Fusion von Flüchtlingsrat und Arbeitskreis Asyl zum Flüchtlingsrat NRW e.V. werden die Verfahrensgrundsätze der Härtefallkommission geändert. Das teilte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) dem **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus-Dieter Stallmann, CDU) am 3. Juni mit. Die Härtefallkommission tagt zweimal im Monat und behandelt Bleibe-Anträge von Ausreisepflichtigen. Als besondere Härte gelten langjähriger Aufenthalt in Deutschland, familiäre Beziehungen, hier aufgewachsene Kinder, ein festes Arbeitsverhältnis,

medizinische Versorgung oder Gefahren im Heimatland. Wird ein Fall vom Petitionsausschuss behandelt, wird die Härtefallkommission nicht tätig.

+++

Bei Baumaßnahmen für offene Ganztags-schulen gibt es Zuwendungen bis zu 80.000 Euro je betreuter Gruppe mit mindestens 25 Grundschul- und zwölf Sonderschulkindern, bis 25.000 Euro für die Ersteinrichtung von Räumen und 10.000 Euro für Renovierungen oder Dienstleistungen. Laut den Förderrichtlinien zur Verteilung der Bundesmittel für offene Ganztagschulen im Primarbereich (Vorlage 13/2143), die das Schulministerium dem **Schulausschuss** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) übersandte, besteht kein Anspruch auf diese Zuwendungen. Sie werden vielmehr nach Haushaltslage verteilt.

+++

Einstimmig nahm der **Schulausschuss** den Antrag von SPD und GRÜNEN „Schulsport - Kernbereich im Schulalltag, Sport und Bewegung an den Schulen in NRW ausbauen!“ nach ausführlicher Diskussion am 28. Mai an.

+++

Ebenfalls einstimmig nahm der **Schulausschuss** den CDU-Antrag zu „Perspektiven für Lehrerinnen und Lehrer an Haupt- und Realschulen“ an. Der Ausschuss möchte Lehrerinnen und Lehrern nach fünfjähriger Tätigkeit einen Schulformwechsel zur Sekundarstufe II ermöglichen.

+++

Gegen die Stimmen der FDP und bei Enthaltung der CDU nahm der **Schulausschuss** den Antrag von SPD und GRÜNEN „Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen stärken! Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung“ an. Nach dem Antrag (Drs. 13/3710) sollen Sonderschulen in Förderschulen umbenannt und acht Förderschwerpunkte gebildet werden.

+++

Drei Zellen in der Polizeiinspektion Düsseldorf-Ost, wie von der Gewerkschaft der Polizei gefordert, sind nach deren Umzug notwendig, meint auch der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) und überwies seinen Beschluss an den Innenausschuss. Es handele sich um eine der am stärksten belasteten Polizeihauptwachen in der Landeshauptstadt mit jährlich 500 Festnahmen und 300 längeren Verwahrungen, begründete die GdP ihre Eingabe. Das Verbringen in andere Inspektionen mangels Zellen sei wegen des Personalaufwands nicht möglich, so der Petitionsausschuss.

Über die Krankheit nicht reden können

Gesundheitsversorgung von Migrantinnen in NRW verbesserungsbedürftig

Die psychische, psychosoziale und psychosomatische Gesundheitsversorgung von Migrantinnen stand im Mittelpunkt eines Fachgesprächs der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“. Ein von der Enquetekommission in Auftrag gegebenes Gutachten hatte festgestellt, dass ausländische Frauen in Deutschland schlechter medizinisch versorgt werden als deutsche und dass sie häufiger an psychischen Krankheiten leiden.

Im Fachgespräch wurde die ambulante, stationäre, rehabilitative und beratende Gesundheitsversorgung von Migrantinnen genauer in Augenschein genommen und Ideen für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Migrantinnen formuliert.

In der ambulanten Versorgung wurde das Fehlen ausreichender fremd- und muttersprachlicher Therapieangebote hervorgehoben und die Berücksichtigung der kulturellen Unterschiede bei der Versorgung, zum Beispiel in Paartherapien von bi-nationalen Ehen oder bei der Gruppe der durch Krieg und Vergewaltigung traumatisierten Migrantinnen betont. Fortbildungsangebote für Beschäftigte in der ambulanten Versorgung der Migrantinnen sollten entwickelt werden.

In der stationären Versorgung wurde die Schnittstellenproblematik zwischen ambulanter und stationärer Versorgung angesprochen. So fehlen Klinikangebote, die beispielsweise schwer traumatisierten Patientinnen gerecht werden können. Außerdem wurden Informationen über die Versorgungsangebote sowie Informationsmaterialien vorgeschlagen, um die Versorgung der Migrantinnen, etwa auch für nicht-alphabetisierte Frauen zu ermöglichen.

Die langen Wartezeiten für muttersprachliche psychosomatische Rehabilitationsmaßnahmen und die Zuweisungspraxis der Versicherungsträger für Migrantinnen wurden kritisiert. Ein Vorschlag war, flexiblere Behandlungsstrukturen durch Integration der ambulanten und stationären Versorgung sowie den Einbezug niedergelassener Therapeuten in die Rehabilitationsmaßnahmen zu schaffen. Im Qualitätsmanagement der Einrichtungen sollten interkultureller Aspekte berücksichtigt werden.

Es werden Einrichtungen der Gesundheitsberatung sowie Angebote für Gesprächsmöglichkeiten im Vorfeld von Erkrankungen für die Versorgung der Migrantinnen benötigt. Angebote der Krankenkassen könnten solche Beratungsmöglichkeiten anbieten und auch, wenn notwendig, Wege zur Ehe, Drogen- und Schuldnerberatung eröffnen. Der Einbezug von migrationsspezifischen Angeboten bei den Beratungsstellen für Familien-, Ehe- und Lebensberatung wurde angeregt. Auch hier werden Informationsmaterialien benötigt, die etwa das Angebot der Psychotherapien und spezieller Diagnosestellungen erklären.

Moderiert wurde das Fachgespräch durch Marianne Hürten (GRÜNE, L), Vorsitzende der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ und Dr. Ute Dreckmann (FDP, r.). Foto: Schälte



Minister weist Vertuschungsvorwurf zurück

Ausschuss erörtert erneut Tätigkeit der Landesgesellschaften

Hoch her ging es streckenweise in der Sondersitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle unter dem Vorsitz von Rolf Seel (CDU). Im Fokus steht dabei das CDU-Ausschussmitglied Michael Breuer mit seinen wiederholten kritischen Nachfragen nach dem Geschäftsgewahren einzelner Landesgesellschaften.

Wenn ihm die mehrfach im Ausschuss gegebenen Antworten der Landesregierung nicht ausreichten, „beantragen Sie doch einen Untersuchungsausschuss“ (Michael Groschek, SPD). Edith

Müller (GRÜNE) appellierte, mit dem Vorwurf, die Präsidentin des Landesrechnungshofs (LRH), Ute Scholle, und Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD) hätten möglicherweise gegen die Verfassung verstoßen, vorsichtig zu sein und ihn, ohne einen Beweis zu liefern, zu unterlassen. Minister Kuschke selbst merkte in der Sitzung an, er werde nicht zögern, gegen den Abgeordneten juristisch vorzugehen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seines Ministeriums vor weiteren Anwürfen der Vertuschung und Verschleierung zu schützen.

Hintergrund der Auseinandersetzung war der Bericht („Roter Aufruhr am Rhein“), in dem ein Nachrichtenmagazin den Vorwurf der „Kungelei“ zwischen Landesregierung und LRH am Landtag vorbei erhoben hatte. Kuschke und seine Mitarbeiter hätten eine Art „Vertuschungsdrehbuch“ entwickelt, um unliebsame Prüfmitteilungen des Rechnungshofs über die landeseigene Projekt Ruhr GmbH zurückzuhalten.

Der Minister bestritt dies mit Nachdruck: Die Vorwürfe seien aus der Luft gegriffen und völlig haltlos: „Es gibt kein Drehbuch.“ Auch der Vorhalt der „Kungelei“ sei vollkommen abwegig. LRH-Präsidentin Scholle wies den Verdacht der Vorabinformation einzelner Regierungsstellen oder Parlamentsfraktionen von sich und machte darauf aufmerksam, dass der LRH seinen Jahresbericht mit den „wesentlichen Ergebnissen seiner Arbeit“ am 23. Juni der Presse vorstellen wird. Zuvor werde der Bericht, wie es üblich und geboten sei, dem Landtagspräsidenten überreicht.

SPD

Die stationären Drogenhilfeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen haben sich bewährt

Die stationären Drogenhilfeeinrichtungen haben sich seit den 80er Jahren als wichtiges Element der nordrhein-westfälischen Sucht- und Drogenpolitik bewährt. Sie bleiben ein unverzichtbarer Eckpfeiler unseres differenzierten Drogenhilfesystems. „Mit diesen Worten resümierte Michael Scheffler, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, das Ergebnis einer von der Fraktion durchgeführten Fachtagung.

Scheffler betonte, die Sucht- und Drogenpolitik sei ein wichtiger Bestandteil der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik. Grundlage bleibe das so genannte Dreisäulenkonzept, in dem Prävention, Hilfen für Suchtkranke sowie die konsequente Strafverfolgung von Drogenhandel und Beschaffungskriminalität in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

NRW verfüge über ein engmaschiges und ausdifferenziertes Hilfenetz, das von der bloßen Gesundheits- und Überlebenshilfe bis zur abstinenten qualifizierten Entzugsbehandlung und Entwöhnung reiche. Den stationären Einrichtungen komme eine wichtige Funktion zu.

Jetzt gelte es, die stationären Angebote zielgerichtet weiter zu entwickeln. Für die SPD-Landtagsfraktion habe dabei die Verbesserung der bestehenden Hilfeangebote für drogenabhängige Kinder und Jugendliche höchste Priorität. Eine Arbeitsgruppe von Einrichtungs-, Kosten- und Leistungsträgern habe ein Konzept für eine integrierte Versorgung von suchtkranken Kindern und Jugendlichen erarbeitet.



FDP

Lindner (FDP): Kindergärten sollen männlicher werden

Die nordrhein-westfälischen Kindergärten sollen männlicher werden. Dies wünscht sich Christian Lindner, kinder-, jugend- und familienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion (Foto). Die Bildung und Erziehung der Kinder in Tageseinrichtungen sei in NRW nahezu ausschließlich Frauensache. „Sowohl in der Familie als auch in Bildungseinrichtungen sollte die pädagogische Arbeit aber Sache beider Geschlechter sein“, meinte Lindner. „Mit dem Superstar-Teilnehmer Daniel Küblböck könnte sogar ein inzwischen prominenter Kinderpfleger als Galionsfigur gewonnen werden“, regte Lindner an.



Lindner verspricht sich von einer Stärkung der männlichen Perspektive in den Kindertageseinrichtungen auch eine ganzheitlichere Bildungsarbeit. Insbesondere der Stellenwert naturwissenschaftlich-technischer Fragen könnte erhöht werden. „Möglicherweise sind männliche Erzieher gewohnheitsmäßig weniger zurückhaltend, wenn es um die Erklärung geht, warum der Holzschicht trotz seines Gewichts an der Wasseroberfläche schwimmt“, so Lindner mit einem Augenzwinkern.



CDU

CDU: 2003 wird das Jahr der traurigen Negativ-Rekorde

Das Jahr 2003 wird zum Jahr der traurigen Negativ-Rekorde“, kommentierte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Rudolf Henke, die Lage auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt für das erste Halbjahr 2003. „Auch die jüngsten Zahlen belegen die beklagenswerte Trostlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt: In Nordrhein-Westfalen gab es in der gesamten Landesgeschichte noch nie in einem Mai mit 874.000 so viele arbeitslose Menschen wie in diesem Jahr.“

Henke verwies auch auf die sich abzeichnende „Lehrstellenkatastrophe“, weil landesweit nicht genügend Lehrstellen zur Verfügung stehen. 90.490 Ausbildungsstellen wurden bis Mai in Nordrhein-Westfalen gemeldet, das ist die niedrigste Zahl seit vielen Jahren. Dagegen möchten 112.730 junge Menschen eine Ausbildung beginnen.

Henke: „Mit immer mehr Bürokratie und Abgaben gefährdet Rot-Grün die noch vorhandenen Arbeitsplätze und zerstört die Hoffnung und Chancen arbeitsloser Menschen. Statt endlich ein überzeugendes Konzept vorzulegen, werden Steuern erhöht. Statt Arbeitsplätze zu schaffen, werden Arbeitsmarktprogramme gekürzt. Statt politischem Handeln sind in Nordrhein-Westfalen interne Streitigkeiten an der Tagesordnung. Eine tragfähige Antwort auf die Herausforderung der sozialen Sicherungssysteme bleibt aus. Die Landesregierung findet keinen Weg aus der Spirale nach unten. Schon allein deshalb wären Neuwahlen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen eine echte Erlösung.“



GRÜNE

Grüne: Sechs Thesen zum Rundfunk

1. Rundfunkinhalte sind keine Ware wie jede andere; die Meinungsbildung darf nicht abhängig werden vom Geld Einzelner. So bleibt die Demokratie funktionsfähig, wird Qualitätsjournalismus gestützt und Meinungsvielfalt gesichert.

2. Qualität und Vielfalt und damit ein unabhängiger Rundfunk haben ihren Preis. Angesichts des hochwertigen öffentlich-rechtlichen (ÖR) Rundfunkangebotes sind angemessene Gebührenerhöhungen vertretbar.

3. Die Gebührenfinanzierung bedeutet eine besondere Verantwortung der ÖR für den Medienstandort Deutschland, zum Beispiel durch eine differenzierte Vergabe von Produktionsaufträgen an unabhängige Produzenten.

4. Die Werbezeiten in den Öffentlich-Rechtlichen bieten große Reichweiten. Insofern ergänzen sich die begrenzten Werbezeiten bei den ÖR mit den unbegrenzten Werbezeiten bei den Privaten.

5. Die Preise für Sportübertragungen wurden maßlos in die Höhe getrieben. Das Geld regierte eine unheilige Allianz von Sportveranstaltern und Vermarktern. Die Einnahmeschwankungen relativieren dies nun. Die ÖR sehen ihre neue Chance und sollten sie nutzen.

6. Das Internet wird neben Hörfunk und Fernsehen zur dritten Säule der medialen Verbreitung von Inhalten. Die ÖR Rundfunkveranstalter müssen an dieser Entwicklung maßgeblichen Anteil haben. Dieses Internet-Angebot soll nicht kommerziell, werbefrei und frei zugänglich sein.





Porträt der Woche: Werner Jostmeier (CDU)

Für ihn hat die Europa-Politik einen sehr hohen Stellenwert und so ärgerte sich denn seinerzeit Werner Jostmeier über deren „personelle Abwertung“ bei der Konstituierung der neuen Landesregierung unter Ministerpräsident Peer Steinbrück. Während bislang ein eigenständiges Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten existierte, sollen sich heute Staatskanzleiminister Kuschke und Staatssekretärin Meckel um Europa kümmern. Der CDU-Landtagsabgeordnete aus dem münsterländischen Dülmen weist in diesem Zusammenhang mit Blick auf die anstehende Osterweiterung auf die wachsende Bedeutung Europas für Nordrhein-Westfalen hin. Der Christdemokrat zählt übrigens zu den Mitbegründern der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe, deren stellvertretender Vorsitzender er heute ist.

Der 52-Jährige kann bis zu seiner Wahl in den Landtag 1995 auf einen bislang sehr wechselvollen Weg zurückblicken. Nach dem Besuch der Grundschule und des Gymnasiums wechselte der gebürtige Dülmener zur Handelsschule, die er mit der Fachschulreife verließ, um eine Lehre als Schmied und Landmaschinenmechaniker zu absolvieren. Danach arbeitete er mehrere Jahre im elterlichen Betrieb. Während Werner Jostmeier ihn leitete und ausbaute, machte er über den zweiten Bildungsweg das Abitur und studierte in Münster Jura, Volkswirtschaft und Geschichte. Nach dem zweiten Staatsexamen ließ er sich als Rechtsanwalt nieder. Zur Deutschen Bundespost und späteren Telekom stieß der Dülmener 1983. In den folgenden Jahren bis zu seiner Wahl in den Landtag übernahm er

die verschiedensten Aufgaben, zuletzt leitete er das Dienstleistungszentrum Personal des Unternehmens in Münster mit seinen über 170 000 Mitarbeitern.

Während des Studiums trat er 1972 in die CDU ein. Als Gegner der vom damaligen Bundeskanzler Willy Brandt initiierten Ostverträge wollte er „Flagge zeigen“, wie er sich heute erinnert. Es folgte die Übernahme verschiedener Parteiämter. Heute ist der Münsterländer stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Coesfeld und des Bezirksverbandes. Eine Zeitlang war er auch Kreisvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

WEICHENSTELLUNGEN

Vor seiner Wahl in das Landesparlament engagierte sich Werner Jostmeier mehrere Jahre als Mitglied des Kreistages Coesfeld in der Kommunalpolitik. So war er Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses wie auch des Wirtschaftsförderungs- und Finanzausschusses. Neigung und vorhandene Plätze passten im übrigen auch bei seiner Berufung in die Landtagsausschüsse. Der Volljurist gehört dem Medien- und dem Hauptausschuss ebenso an wie dem Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik. Im damaligen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung der Vorgänge beim Oberhausener Trickfilmstudio HDO zählte er zu einer wesentlichen Stütze seiner Fraktion.

Als Sprecher seiner Fraktion im Hauptausschuss gehört der Christdemokrat auto-

matisch auch dem Fraktionsvorstand an. In diesem Zusammenhang weist er mit Genugtuung auf die entscheidenden Weichen hin, die der Hauptausschuss für eine Reihe von gewichtigen Vorhaben des Parlamentes gestellt hat: Stärkung der Bürgerrechte, Verkleinerung des Landtags, Aufnahme der Kinderrechte und des Tierschutzes in die Landesverfassung. Derzeit engagiert sich der Parlamentarier für das so genannte Konnexitätsprinzip, also, „wer bestellt, bezahlt auch“. Bei Gesetzen und Verordnungen des Landes, die die Kommunen finanziell tangieren, müsse es auch die Kosten tragen.

Neben der Parlamentsarbeit pflegt der CDU-Abgeordnete den Kontakt zu den Bürgern seines Wahlkreises Coesfeld II. So ist sein Wahlkreisbüro ständig besetzt und er bereist auch regelmäßig alle Orte.

Der Vater von vier Söhnen hört in seiner Freizeit gern Musik, spielt aber auch selber Gitarre Akkordeon und Trompete. Und wenn es nötig ist, fährt der Dülmener auch noch den Mähdrescher.

Jochen Jurettko



Kommunalwahl

Wegen der in kommenden Jahr spät liegenden Sommerferien für Nordrhein-Westfalen wird auf Vorschlag von SPD und Grünen die Wahlperiode der im Zuge der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl im Jahr 2004 zu wählenden kommunalen Vertretungen und die Amtszeit der zu wählenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräten einmalig bis zum 20. Oktober 2009 verlängert. Das soll den gewählten Mandatsträgern eine volle fünfjährige Amtszeit sichern und zugleich den Bewerberinnen und Bewerbern um ein kommunales Amt einen angemessenen Wahlkampf ermöglichen. Die CDU sah in dieser Regelung „reine Willkür“. Die FDP hätte es gerne gesehen, wenn der Gesetzgeber die Amtszeit der Bürgermeister und Landräte um zwölf Monate bis zum Jahr 2005 verlängert hätte.

Beamtenrecht

Um die Zahl der Frühpensionierungen zu verringern und um den Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand von beamteten dem von angestellten Lehrern anzupassen, hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (Drs. 13/3930) vorgelegt. Der Landtag hat den Entwurf Anfang Juni in erster Lesung beraten. Helga Schwarz-Schumann (SPD) warf ein, der Text müsse noch geschlechtsneutral formuliert werden; bisher sei darin nur von „Beamten“ die Rede. Manfred Palmen (CDU) fand die vorgesehene Einführung einer Probezeit bei der Vergabe von Führungspositionen positiv. Horst Engel (FDP) sah keinen Sinn darin, das Gesetz über den üblichen Zeitraum von fünf Jahren zu befristen. Der Entwurf entspreche den Vorstellungen ihrer Fraktion, stellte Brigitte Herrmann (Grüne) fest.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälpe, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 21. Juni bis 2. Juli 2003

21.6.	Dr. Helmut Linssen (CDU)	61
23.6.	Axel Wirtz (CDU)	46
26.6.	Wolfgang Röken (SPD)	60
26.6.	Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)	52
29.6.	Dr. Rolf Hahn (CDU)	66
30.6.	Gunther Sieg (SPD)	67
2.7.	Clemens Pick (CDU)	56

Ursula Monheim (CDU) ist einstimmig vom Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Sie tritt in diesem Amt die Nachfolge ihres Fraktionskollegen Rudolf Henke an.

Edith Müller (GRÜNE), Vizepräsidentin des Landtags, hat in einem Telegramm an die polnische Generalkonsulin Sobótka Glückwünsche zum Ausgang des EU-Referendums übermittelt. Müller in ihrer Botschaft: „Das Ja zum Beitritt ist der letzte Baustein für das gemeinsame erweiterte Haus Europa. Die Mitglieder der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe freuen sich auf die noch intensivere Zusammenarbeit mit unserer Partnerregion Schlesien.“

Jazz im Landtag

Zum ersten Mal ist der Landtag Station der Düsseldorfer Jazz Rallye. Dieses traditionsreiche Musikspektakel gastiert an seinem letzten Tag, am 29. Juni von 14 bis 16 Uhr im Foyer des Landtagsgebäudes mit einem Überraschungsgast: Manfred Schoof, Professor an der Musikhochschule Köln und einer der herausragenden Botschafter der deutschen Jazz-Musik. Bei diesem Gastspiel trifft er auf alte Weggefährten wie den Saxophonisten Gerd Dudek, mit der er schon in den 60-er Jahren zusammenspielte, oder Ali Haurand, den neuen künstlerischen Leiter der Jazz Rallye. Drei Tage lang versetzt die Jazz Rallye mit ihren über 80 Konzerten unterschiedlichster Stilrichtungen an 32 Spielstätten die Besucher aus Düsseldorf und Umgebung in Musik- und Jazzfieber. Veranstalter dieser 11. Jazz Rallye ist die Destination Düsseldorf e.V. Die Musikreihe wird am 27. Juni um 16 Uhr am Pavillon des Carsch-Hauses mit der Pax New Orleans Streetband offiziell eröffnet.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 3. Juli 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Mit Trauer und Bestürzung ...

... reagierte der Landtag auf die Nachricht, die ihn im Verlauf der Plenarsitzung am 5. Juni erreichte. Zum Gedächtnis an den bei einem Fallschirmsprung tödlich verunglückten Abgeordneten Jürgen W. Möllemann erhoben sich die Abgeordneten von ihren Plätzen; ein Blumen-gesteck schmückte den verwaisten Platz Möllemanns im Rund des Plenarsaals. Landtagspräsident Ulrich Schmidt erinnerte an den Verstorbenen als einen Vollblutpolitiker, der bereits früh in die Bundespolitik gefunden habe und ab 2000 Mitglied des Landtags war. Der Präsident sprach in seiner Würdigung den nächsten Angehörigen Möllemanns, seiner Frau und seinen Kindern, das tiefe Mitgefühl des Landtags aus. Zu Beginn der nächsten Plenarsitzung des Landtags ist eine Gedenkminute für den verstorbenen Politiker geplant.